

© 2009 **Bundesagentur für Arbeit (BA)**, Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg

Postanschrift: Postfach, 90327 Nürnberg

Telefon 0911 179-0, Telefax 0911 179-2123

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belege an die Bundesagentur für Arbeit.

GESCHÄFTSBERICHT 2008

Siebenundfünfzigster Geschäftsbericht der Bundesagentur für Arbeit

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 erstattet der Vorstand gemäß § 393 Abs. 2 SGB III den folgenden, vom Verwaltungsrat genehmigten Geschäftsbericht.*

*Ausführungen zum SGB II unterliegen nicht der Genehmigung durch den Verwaltungsrat der BA.

INHALT

Vorwort des Vorstandes	4
Vorwort des Verwaltungsrates	6
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2008	8
1. KURZBERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2008	10
2. GESCHÄFTSPOLITISCHE ZIELE	14
3. BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	20
4. WEITERENTWICKLUNG DER BA	22
Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service	22
Interne Revision	23
Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)	23
Entwicklungen im Bereich Familienkasse	24
Kundenreaktionsmanagement	25
5. PERSONAL/ORGANISATIONSENTWICKLUNG	26
Demografiesensible Personalpolitik	26
Leistungs- und Entwicklungsdialo	26
Verbesserung der Führung	26
Neuordnung der internen Bildungsorganisation	26
Standards für einheitliche Prozess- und Servicequalität	27
Personalkonzepte SGB II und SGB III	27
6. FINANZEN	28
7. SGB II	32
Kundenstruktur im SGB II	32
Gezielte Förderung für besondere Personengruppen voranbringen	32
Gutes tun und darüber reden – Fachtagungen im SGB II	33
Vier Jahre beschäftigungsorientiertes Fallmanagement – eine Zwischenbilanz	34
Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs	34
Widersprüche und Klagen	35

8. ARBEITSMARKT	36
Konjunktur und Arbeitsmarkt	36
Ausbildungsmarkt	38
Internationale Beziehungen	40
Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	40
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)	41
9. ARBEITSMARKTPOLITISCHE INSTRUMENTE UND SONDERPROGRAMME	42
Förderung der beruflichen Weiterbildung	42
Übergang Schule–Beruf	42
Europäischer Sozialfonds (ESF)	45
Europäischer Globalisierungsfonds (EGF)	45
Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	45
Sonderprogramm „WeGebAU“	47
Kurzarbeit	47
Winterbau/Saison-Kurzarbeitergeld	48
Altersteilzeit	49
10. LOHNERSTATTLEISTUNGEN	50
Arbeitslosengeld/Teilarbeitslosengeld	50
Freiwillige Weiterversicherung	50
Insolvenzgeld	50
Sperrzeiten	51
Widersprüche und Klagen	51
ANHANG	52

VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

das zurückliegende Jahr 2008 war für die Bundesagentur für Arbeit (BA) von Erfolgen, aber auch von neuen, großen Herausforderungen geprägt. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist erneut zurückgegangen und im Oktober erstmals seit 16 Jahren unter die Marke von drei Millionen gefallen. Dies ist nach dem Überschreiten der Fünf-Millionen-Marke Anfang 2005 ein Zeichen dafür, dass gute wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen und gute Arbeit in der BA belohnt werden. Auch die Finanzen der BA haben sich besser entwickelt als erwartet – statt eines operativen Defizits von 2,5 Milliarden Euro konnte ein Überschuss von 1,38 Milliarden Euro erzielt werden. Und das, obwohl der Beitragssatz Anfang des Jahres abermals abgesenkt worden war, und zwar von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent.

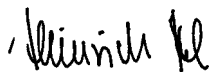
Für diese positive Bilanz gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben es geschafft, das wesentliche Ziel der zweiten Reformphase umzusetzen, nämlich in den durch die Reform geschaffenen neuen Strukturen das operative Ergebnis der BA zu verbessern. Dass die BA den größten Teil ihrer Ziele 2008 erreicht hat, ist ganz wesentlich ein Verdienst jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedes einzelnen Mitarbeiters. Unser Dank gilt ebenso allen Partnern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem in unserem Verwaltungsrat und im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Erst das Engagement aller Beteiligten hat die Erfolge möglich gemacht.

Besonders erfreulich ist, dass 2008 zum ersten Mal seit vielen Jahren Langzeitarbeitslosigkeit in nennenswerter Größenordnung abgebaut werden konnte. Dies beweist, dass der Arbeitsmarkt dynamischer und flexibler geworden ist und die Arbeit im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II Früchte trägt. Zugleich hat das Jahr 2008 aber auch gezeigt, dass auch in diesem Bereich noch große Verbesserungspotenziale liegen – dies ganz unberührt vom Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Mischverwaltung in den Arbeitsgemeinschaften verworfen hat.

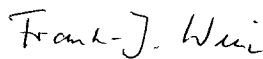
Die gute Entwicklung der BA hat im vergangenen Jahr – wie schon im Jahr zuvor – für eine rege Diskussion über die Höhe des Beitragssatzes gesorgt. Anfang Oktober hat die große Koalition entschieden, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung abermals zu senken. Vom Januar 2009 an ist er gesetzlich auf 3 Prozent festgelegt und im Zuge einer Rechtsverordnung bis Mitte 2010 auf 2,8 Prozent gesenkt.

Die Bundesagentur für Arbeit hat für die Beitragssatzanpassung die Voraussetzungen geschaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch die drei Beitragssatzsenkungen innerhalb von drei Jahren um 30 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Ob die Einnahmeausfälle bis 2010 aus den vorhandenen Rücklagen aufzufangen sind, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Dennoch ist der Auftrag der Politik – mit geringeren Mitteln bei schlechterer Wirtschaftslage die Leistung weiter zu verbessern – auch ein Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit der BA.

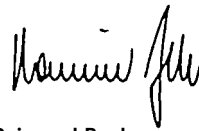
Angesichts der sich abzeichnenden Krise hat der Vorstand sich vorgenommen, die Herausforderungen der aktuellen Entwicklung anzunehmen und zugleich die Zukunftsthemen wie Fachkräftebedarf und Prävention kraftvoll weiter voranzutreiben.



Heinrich Alt
Mitglied des Vorstandes



Frank-J. Weise
Vorsitzender des Vorstandes



Raimund Becker
Mitglied des Vorstandes



VORWORT DES VERWALTUNGSRATES

Das Geschäftsjahr 2008 war von einer sehr positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geprägt. Dies ist sowohl den bis Mitte des Jahres guten gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen zu verdanken als auch den von Vorstand und Verwaltungsrat auf den Weg gebrachten Reformen in der Bundesagentur für Arbeit. Es ist erfreulich, dass die Integration arbeitsuchender Menschen in Ausbildung und Beschäftigung inzwischen besser gelingt als früher. Zudem konnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 2008 erneut gesenkt werden. Dies hat eine spürbare finanzielle Entlastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermöglicht. Zugleich ist es der Bundesagentur für Arbeit aufgrund der guten Finanzentwicklung gelungen, Rücklagen für konjunkturell schlechtere Zeiten aufzubauen.

Insgesamt geht die Bundesagentur für Arbeit gut gerüstet in den sich bereits Ende 2008 abzeichnenden Abschwung am Arbeitsmarkt. Sie kann die Auswirkungen der Finanzkrise und des globalen wirtschaftlichen Abschwungs auf den Arbeitsmarkt nicht verhindern, aber mit ihrem Instrumentarium aktiv dazu beitragen, so viel Beschäftigung wie möglich zu halten. Der Verwaltungsrat ist der Überzeugung, dass die Bundesagentur für Arbeit dies am wirkungsvollsten durch den Einsatz von zukunftsorientierten und marktbezogenen Maßnahmen nach Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit gewährleisten kann. Für die Bundesagentur für Arbeit gilt es daher weiterhin, die erreichten Ziele zu verstetigen und die Qualität der Vermittlungsergebnisse zu verbessern.

Angesichts der schwierigen Lage für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den Jahren 2009 und 2010 ist eine leistungsfähige Bundesagentur für Arbeit unverzichtbar. Verwaltungsrat und Vorstand haben für 2009 einen Haushalt vorgelegt, der es trotz negativer konjunktureller Rahmenbedingungen ermöglicht, angemessen am Arbeitsmarkt reagieren zu können. Allerdings konnte bei der Haushaltsaufstellung im Herbst 2008 noch nicht die sich zum Jahreswechsel hin immer stärker eintrübende Konjunktur berücksichtigt werden. Falls erforderlich, werden Verwaltungsrat und Vorstand entsprechend notwendige Korrekturen einbringen, um den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit auch an die konjunkturellen Auswirkungen anzupassen.

Der Verwaltungsrat appelliert an die Politik, die Haushaltsrisiken der Bundesagentur für Arbeit nicht durch die Übertragung immer neuer gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu erhöhen. Gerade angesichts der sich eintrübenden Arbeitsmarktaussichten müssen sich die Arbeitsagenturen auf ihr Kerngeschäft Beratung, Vermittlung und zielgerichtete, aktive Förderung konzentrieren können. Den Eingliederungsbeitrag, der Anfang 2008 den Aussteuerungsbetrag abgelöst hat und mit dem die Bundesagentur hälftig an den Eingliederungskosten für Empfänger des steuerfinanzierten Arbeitslosengeldes II beteiligt wird, lehnt der Verwaltungsrat mit großer Mehrheit als verfassungswidrige Übertragung staatlicher Aufgaben ab. Der Verwaltungsrat hat sich zugleich dagegen ausgesprochen, die Finanzierung der Beiträge für Kindererziehungszeiten vom Bund

auf die Arbeitslosenversicherung zu verlagern. Es handelt sich auch hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für deren Finanzierung die Steuerzahler und nicht die Beitragszahler in die Pflicht genommen werden müssen.

Der Verwaltungsrat wird kontinuierlich darauf hinwirken, dass die Bundesagentur für Arbeit gerade auch jetzt im Abschwung ihre Möglichkeiten im Interesse von Arbeitslosen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern sinnvoll nutzt. Er appelliert an alle Akteure des Wirtschaftslebens, so weit wie möglich Beschäftigung zu sichern und betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Dazu können eine intensive Nutzung von Kurzarbeit, verstärkte Anstrengungen zur Weiterbildung im Betrieb, eine bessere Verbindung von Qualifizierung und Kurzarbeit sowie ein gezielter Ausbau beruflicher Weiterbildung insbesondere von gering qualifizierten Arbeitslosen und Beschäftigten einen Beitrag leisten.



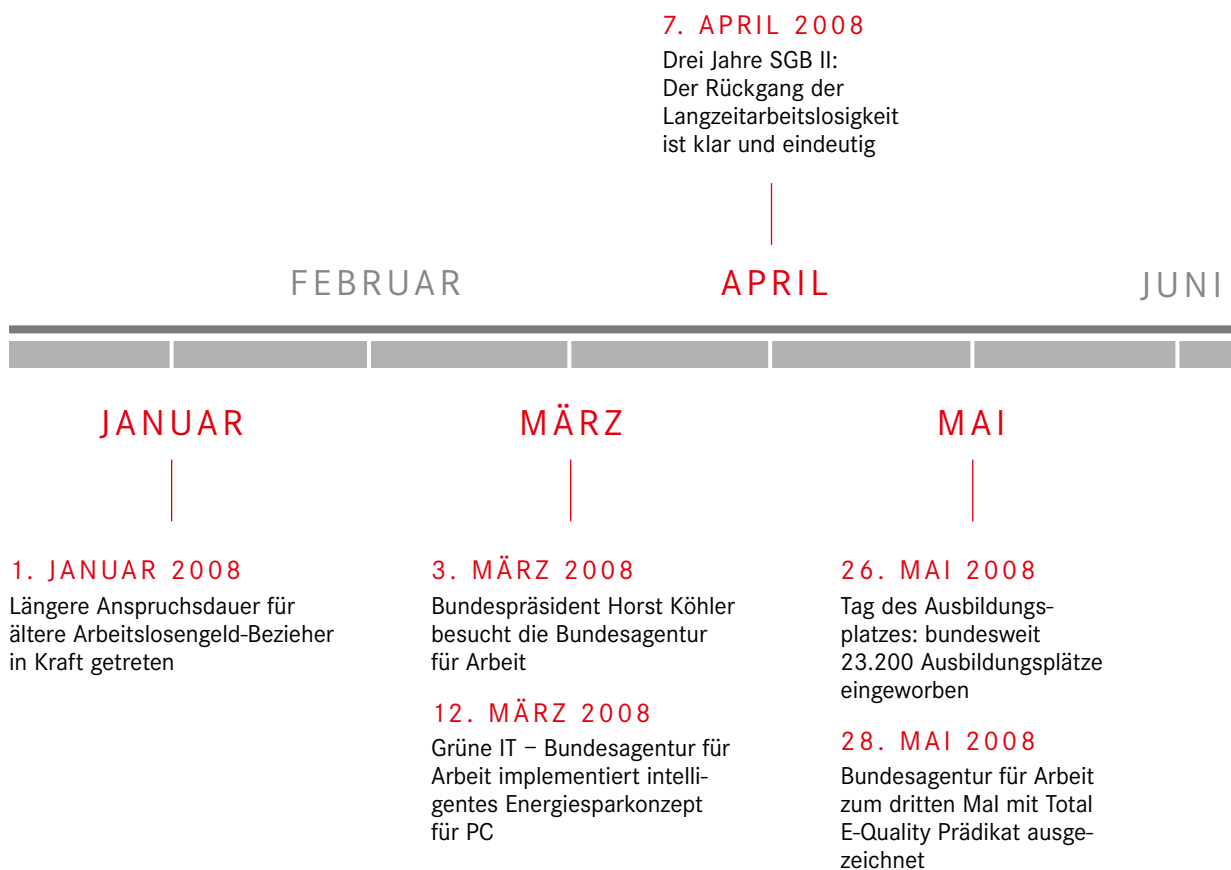
Peter Clever
Vorsitzender des Verwaltungsrates



Annelie Buntenbach
Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates



WICHTIGE EREIGNISSE IM GESCHÄFTSJAHR 2008



30. AUGUST 2008

Inkrafttreten des 5. SGB III-Änderungsgesetzes: Einführung des Ausbildungsbonus und der Berufseinstiegsbegleitung – Arbeitgeber erhalten für bestimmte förderungsbedürftige Personengruppen für zusätzlich geschaffene, betriebliche Ausbildungsstellen einen Zuschuss und junge Menschen werden beim Übergang von der Schule in die Ausbildung begleitet

1. OKTOBER 2008

Verbesserung des Kinderzuschlags in Kraft getreten

6. OKTOBER 2008

Die Bundesregierung beschließt, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2009 bis Mitte 2010 auf 2,8% zu senken

13. OKTOBER 2008

Erfreuliche Bilanz des Berufsberatungsjahres 2007/2008: Erstmals seit sieben Jahren mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber

31. OKTOBER 2008

Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht Bundesagentur für Arbeit

5. DEZEMBER 2008

Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird vom Deutschen Bundestag beschlossen

17. DEZEMBER 2008

Bericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c SGB II dem Deutschen Bundestag zugeleitet

18. DEZEMBER 2008

Verwaltungsrat stellt den von der Bundesregierung mit Maßgaben genehmigten Haushalt 2009 erneut fest

18. DEZEMBER 2008

Verwaltungsrat schließt Vereinbarung zur Durchführung von Qualifizierungsangeboten für Bezieherinnen und Bezieher von Kurzarbeitergeld

AUGUST

OKTOBER

DEZEMBER

JULI

SEPTEMBER

NOVEMBER

1. JULI 2008

Arbeitslosengeld II wird von 347 EUR auf 351 EUR erhöht

1. JULI 2008

Peter Clever wird neuer Vorsitzender des Verwaltungsrates der BA

4. JULI 2008

Verwaltungsrat beschließt geschäftspolitische Ziele 2009

4. JULI 2008

Verwaltungsrat lehnt die Übernahme von Finanzlasten des Bundes ab

16. SEPTEMBER 2008

Start des neuen Online-Portals www.planet-beruf.de

23. SEPTEMBER 2008

Investitionen in Weiterbildung lohnen sich – Bundesagentur startet Qualifizierungskampagne „Weiter durch Bildung“

26. SEPTEMBER 2008

Verwaltungsrat erlässt Änderungsanordnung der Erreichbarkeitsanordnung

26. SEPTEMBER 2008

Verwaltungsrat erlässt Anordnung zur Förderung der Berufseinstiegsbegleitung

14. NOVEMBER 2008

Verwaltungsrat verabschiedet Haushalt 2009

KURZBERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2008

Rahmenbedingungen der BA: Entwicklung der Märkte

*Ausbildungs- und
Arbeitsmarkt im
stabilen Aufwärtstrend*

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung blickt die BA auf ein positives Jahr zurück. Mit nachlassender Dynamik, aber weiterhin stabil, hat sich der Aufwärtstrend im Jahr 2008 fortgesetzt. Die BA konnte die sich daraus ergebenden Potenziale weitgehend nutzen: Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt von 4,861 Mio. im Jahr 2005 auf 3,268 Mio. im vergangenen Jahr. Das zu vermittelnde Kundenpotenzial war rückläufig, die Zahl der offenen Stellen stieg an. Ebenso nahmen die qualifikatorischen Anforderungen an die gesuchten Arbeitskräfte zu. Fachkräftebedarf und die Folgen des demographischen Wandels zeigten sich am Arbeitsmarkt und bildeten sich zunehmend in den Statistiken ab. Infolge der Finanzkrise nahm die gute Entwicklung zum Ende des Jahres allerdings ab und wird sich 2009 weiterhin spürbar abschwächen.

Ähnliches galt auch für den Ausbildungsstellenmarkt: Zum Abschluss des Berufsberatungsjahres waren erstmals seit sieben Jahren mehr unbesetzte Ausbildungsstellen (19.500) als unversorgte Bewerber (14.500) zu bilanzieren. Trotzdem bestanden weiterhin regionale und strukturelle Unterschiede, die die Besetzung zahlreicher Stellen erschwerten und eine Ausbildungsförderung auf hohem Niveau erforderlich machten.

Wirkung und Wirtschaftlichkeit als Leitplanken ...

Die zielgerichtete Fortsetzung der Reform der BA hin zu einem modernen Arbeitsmarktdienstleister war auch 2008 maßgeblich. Sie wird durch das strategische Programm der BA 2007–2009 geprägt und erfüllt das Motto „Aktiv für Arbeit“ mit Leben. Durch die konsequente Umsetzung der BA-Strategie gelang es, einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Erhöhte Markttransparenz und Vermittlungsanstrengungen, effizientere Strukturen und Prozesse für die Kunden sowie das Prinzip von Wirkung und Wirtschaftlichkeit standen dabei im Mittelpunkt.

Die solide Haushaltspolitik, unterstützt durch Erfolge bei Vermittlung und Beratung sowie die gute Konjunktur ermöglichten es, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung im vergangenen Jahr auf 3,3% zu senken. Damit konnte die BA einen entlastenden Beitrag für Arbeitnehmer und Arbeitgeber leisten.

... und Qualität als Anspruch der Reform

*Reform zeigt Erfolge –
qualitativ und quantitativ*

Ein weiterer messbarer Reformerfolg für die BA war die fortgesetzt positivere Wahrnehmung ihrer Leistung durch die Kunden. So hat sich diese beim Kundenzufriedenheitsindex gegenüber 2007 bei Arbeitnehmern von 2,6 auf 2,4 (Schulnoten) und bei Arbeitgebern von 2,4 auf 2,3 verbessert. Hinter dieser positiven Einschätzung stehen u.a. zwei Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung: Einerseits wurden Anstrengungen zur verstärkten Aktivierung arbeitsuchender Kunden unternommen und dazu beispielsweise die Qualitätskontaktdichte erhöht. Andererseits wurde bundesweit ein neu strukturierter Arbeitgeber-Service einge-

richtet, der dem Anspruch der Kunden schneller und passgenauer gerecht wird. Ein weiterer positiver Faktor in diesem Zusammenhang war die Bereitstellung eines Informations- und Beratungsangebotes für Nichtleistungsempfänger, mit dem insbesondere Frauen und Männern nach der Familienphase die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtert wurde. Dies belegt den im Programm der BA 2007–2009 formulierten Anspruch, durch eine kontinuierliche Leistungssteigerung den Umbau der BA in einen Nutzen für die Kunden zu übersetzen. Die BA hat ihre Defizite erkannt und diese bereits in den bisherigen Reform-Phasen konsequent und weitgehend abgestellt. Effizienzorientiertes Handeln prägt die neue BA als moderner Dienstleister im Wandel.

Operative Leistungssteigerung in SGB III und SGB II

Ein wichtiger Nachweis für die Steigerung der operativen Leistungsfähigkeit im Bereich des SGB III wurde durch die Senkung der „Dauer der erweiterten faktischen Arbeitslosigkeit“ von 155 Tagen in 2007 auf 126 Tage im abgelaufenen Geschäftsjahr erbracht. Ebenfalls bemerkenswert ist der gestiegene Anteil der Kunden, die in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Er stieg von rund 33% im Jahr 2007 auf rund 34,8% im Jahr 2008. Hier machte sich im letzten Jahr das zusätzliche Personal im Vermittlungsbereich positiv bemerkbar. Neben den von der BA erreichten organisatorischen Verbesserungen spielte selbstverständlich die positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland eine bedeutende Rolle für die sinkende Zahl der Arbeitslosen.

Im Rechtskreis des SGB II stand 2008 die Konsolidierung und Professionalisierung bei der Aufgabenerledigung im Zentrum. Auch wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. Dezember 2007 zu Verunsicherung geführt hat, zeigt sich bei allen noch vorhandenen und anerkannten Mängeln eine zunehmende Leistungsfähigkeit des Systems. Außerdem belegen der Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 2,52 auf 2,26 Mio. sowie der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften um 150.000, dass die positive Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2008 zunehmend auch die Personen im Rechtskreis SGB II erfasst. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass die Bedarfsgemeinschaften erwerbsfähige und oft auch nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, wie z. B. Kinder umfassen.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende gingen die Ausgaben der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (ohne zugelassene kommunale Träger) für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 930 Mio. EUR (4,7%) auf 18,9 Mrd. EUR zurück (Bruttoleistungen).

Zukunftssicherung

Einen wichtigen Schritt zur Erweiterung des Blickwinkels hat die BA mit der Akzentuierung von Prävention und Innovation unternommen. Ausgehend von zu erwartenden Szenarien der Arbeitswelt wurden erste Ansätze entwickelt, um die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen aufzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit

Frühzeitig auf die Zukunft reagieren

von Unternehmen zu unterstützen und stabil zu halten. Vor allem der Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung und die Hebung des Qualifikationsniveaus von Geringqualifizierten standen dabei im Mittelpunkt. Mit Maßnahmen und Modellprojekten zur vertieften Berufsorientierung wurden insbesondere schwächere Hauptschüler unterstützt. Insgesamt hat die BA ihren Handlungsbedarf in puncto „Prävention“ und „Innovation“ erkannt und wird daran weiterarbeiten.

Das Potenzial der BA sind ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das im Jahr 2008 nach erfolgreicher Pilotierung bundesweit eingeführte Führungskräfte-Feedback ist ein wesentliches Element des Personalentwicklungs-Designs der BA. Auf der Basis der Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit bietet diese Art Feedback die Chance für Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gemeinsam eine Vertrauens- und Verantwortungskultur im Dialog zu entwickeln.

Die BA begegnet dem demografischen Wandel durch die schrittweise Einführung einer demografiesensiblen Personalpolitik und verknüpft diese strategisch mit der Einführung eines Diversity Managements. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter bringt unterschiedliche Kompetenzen und Potenziale in den Arbeitsalltag ein. Diversity Management fördert diese Vielfalt und nutzt sie gezielt für den Geschäftserfolg. Offenheit und Wertschätzung gegenüber Vielfalt sowie deren gezielte Förderung unterstützen die Chancengleichheit, stärken die Arbeitgeberattraktivität der BA sowie die Motivation und Bindung der Beschäftigten.

Marketing

*Kommunikations-
schwerpunkt „Aus- und
Weiterbildung“*

Entsprechend der geschäftspolitischen Schwerpunkte wurden die wichtigsten Aktivitäten der BA beworben. In Deutschland gewann zunehmend die Aus- und Weiterbildung an Bedeutung und wurde damit Kernthema der Marketingmaßnahmen in 2008. Neben zahlreichen Aktivitäten war ein kommunikativer Schwerpunkt die Qualifizierungsoffensive der BA. Mit der Kampagne „Weiter durch Bildung“ wurde insbesondere das Thema Weiterbildung in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Die Kampagne „Start ins Studium“ hatte das Ziel, die Studierneigung zu erhöhen und konnte zusammen mit Partnern des Netzwerks „Wege ins Studium“ ins Leben gerufen werden. Mit der Werbekampagne „Steig ein und erforsche welche Berufe zu Dir passen“ ging das neue Online-Portal www.planet-berufe.de, zur Unterstützung der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, an den Start.

Ausblick

Die Bundesregierung hat entschieden, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2009 erneut zu senken. Im Vergleich zu 2006 entspricht das einer jährlichen Entlastung der Versichertengemeinschaft von 30 Mrd. EUR.

Hinsichtlich der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise bleibt abzuwarten, wie sich diese genau auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Für den Haushalt der BA entstehen neben dem erwarteten Zuwachs an Arbeitslosen auf jeden Fall durch die Konjunkturpakete – insbesondere die verlängerte und erweiterte Bezugsmöglichkeit des Kurzarbeitergeldes – Mehrbelastungen.

GESCHÄFTSPOLITISCHE ZIELE

Rahmenbedingungen für das Jahr 2008

BA nutzte die Chancen der noch guten Konjunktur

Die positive Entwicklung der Volkswirtschaft begünstigte eine nachhaltige Erholung am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Von der starken Einstellungsbereitschaft der Unternehmen profitierte insbesondere der Rechtskreis SGB III.

Wichtige Rahmenbedingungen zum Arbeitsmarkt

Jahresergebnisse

	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	0,8	3,0	2,5	1,3
Erwerbstätige, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	-0,6	0,6	1,7	1,5
Arbeitslose im Jahresdurchschnitt (in Tausend)	4.861	4.487	3.776	3.268
davon SGB III	2.091	1.664	1.253	1.011
davon SGB II	2.770	2.823	2.523	2.257
Alle gemeldeten Stellen im Jahresdurchschnittsbestand (in Tausend)	413	564	621	568

Steuerung und Zielerreichung im SGB III

Im Fokus steht weiterhin die Vermeidung und Beendigung von Arbeitslosigkeit

Die mit dem Verwaltungsrat abgestimmte geschäftspolitische Ausrichtung der BA blieb in 2008 grundsätzlich im Vergleich zu den Vorjahren unverändert: Arbeitslosigkeit vermeiden, Menschen schnell in Arbeit integrieren, eine hohe Kundenzufriedenheit erreichen und mit den anvertrauten Beitragsgeldern wirkungsorientiert und wirtschaftlich arbeiten.

Der Arbeitsmarkt war bis Ende 2008 von einer hohen Aufnahmefähigkeit gekennzeichnet. Die guten arbeitsmarktlichen Rahmenbedingungen wurden seitens der BA im Bereich der beitragsfinanzierten Leistungen zur Steigerung des Integrationsergebnisses, der Verkürzung der Dauer der faktischen Arbeitslosigkeit und der erfolgreichen Besetzung gemeldeter Stellen genutzt. Ursächlich hierfür sind die Umsetzung des Prinzips Fördern und Fordern sowie die kundenfreundlichen und zielorientierten Integrationsprozesse sowohl auf Seiten der Arbeitssuchenden als auch der Arbeitgeber. Es ist gelungen, Arbeitslose in das Beschäftigungssystem einzugliedern und damit den Übertritt in das SGB II zu verhindern.

Vermeidung von Arbeitslosigkeit

Eine herausgehobene Zielsetzung der BA ist, Arbeitslosigkeit möglichst erst gar nicht eintreten zu lassen. In 2008 ist es 291.000 Arbeitnehmern, deren Arbeitsverhältnis in absehbarer Zeit geendet hätte, gelungen, nahtlos einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Damit konnte jede siebte drohende Arbeitslosigkeit abgewendet werden.

*Zukunftsorientierte
Berufswahl, lebenslanges
Lernen und frühzeitige
Arbeitsuche verhindern
Arbeitslosigkeit*

Arbeitnehmer mit guter Qualifikation sind seit Jahren seltener von Arbeitslosigkeit betroffen. Aus diesem Grund fördert die BA auch die Weiterbildung von beschäftigten Arbeitnehmern in Unternehmen. Über 58.000 ältere oder gering qualifizierte Arbeitnehmer wurden in 2008 qualifiziert. Damit wurde für diesen Personenkreis allein ein Budget in Höhe von 167 Mio. EUR eingesetzt.

Intensivierung der Integrationsarbeit

Die Arbeitsvermittler verbesserten ihre Arbeit mit Arbeitssuchenden und Arbeitgebern. 1,8 Mio. zuvor arbeitslose Menschen fanden im Jahr 2008 eine neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Damit konnte die Integrationsleistung im Vergleich zum Vorjahr von 33,0% auf 34,8% des Kundenpotenzials verbessert werden. Korrespondierend hierzu verbesserte sich der Kundenzufriedenheitsindex bei Arbeitnehmern von 2,6 im Vorjahr auf 2,4 (nach Schulnoten).

*Höhere Kontaktdichte
und stärkerer Einsatz von
arbeitsmarktpolitischen
Maßnahmen*

Auch die Vermittlungsprozesse konnte die Bundesagentur für Arbeit in 2008 nochmals beschleunigen. Die erweiterte durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit konnte bei den Beziehern von Arbeitslosengeld um 29 Tage gegenüber dem Vorjahr verkürzt werden.

Die BA konzentrierte mindestens ein Drittel der Arbeitsvermittler in neu strukturierten Teams, in denen ein persönlicher Ansprechpartner den von ihm betreuten Arbeitgebern sowohl Arbeits- als auch Ausbildungsstellenvermittlung bietet. Dies und die weiterhin gute Auftragslage der Unternehmen führte dazu, dass den Agenturen für Arbeit in 2008 1,8 Mio. ungeförderte sozialversicherungspflichtige Stellen gemeldet wurden. Der Rückgang um 4,7% gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die konjunkturelle Abschwächung im vierten Quartal 2008 zurückzuführen. Mit 38,6% wurde wie im Vorjahr ein hoher Anteil der Stellenangebote von Personaldienstleistern gemeldet. Insgesamt wurden 371.000 Stellen und damit 31,2% mehr als im Vorjahr erfolgreich besetzt. Der neue Arbeitgeber-Service wurde in Kundenbefragungen mit 2,3 bewertet – eine leichte Verbesserung zum Vorjahr mit 2,4.

*Arbeitskräftebedarf noch
gestiegen*

*Deutliche Reduzierung
der Zahl der unversorgten
Bewerber*

Günstigere Perspektiven für Jugendliche an der ersten Schwelle zum Beruf

Die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich weiter verbessert: Bei den Agenturen für Arbeit sowie bei den Arbeitsgemeinschaften (ARGE) im Bereich der Grundsicherung wurden 511.600 Ausbildungsstellen registriert – 1.200 mehr als im Vorjahr. Die Agenturen für Arbeit bemühen sich bei der Ausbildungsvermittlung um eine enge Kooperation mit den ARGE im Bereich der Grundsicherung. Zum Ende des Berufsberatungsjahres am 30. September 2008 waren in beiden Rechtskreisen nur noch 14.500 unversorgte Bewerber zu verzeichnen und damit 55,7% weniger als noch vor einem Jahr. Etwas mehr als die Hälfte dieser unversorgten Bewerber suchte auch schon im Vorjahr einen Ausbildungsplatz. Bei noch 19.500 unbesetzten Ausbildungsplätzen am gleichen Stichtag übersteigt damit erstmals seit 2002 wieder die Zahl der noch nicht besetzten Ausbildungsstellen die Zahl der noch unversorgten Bewerber. Damit zeigt sich, dass die verbesserte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch die Mitarbeiter in den Agenturen für Arbeit und den ARGE zur Ergebnisverbesserung genutzt werden konnte.

Bei 282.000 Jugendlichen wurde aufgrund deren freiwilliger Mitteilung eine Einmündung in Berufsausbildung bis zum 30. September 2008 registriert. Rund 161.000 Jugendliche aus beiden Rechtskreisen konnten berufsvorbereitende Maßnahmen oder Berufsausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen beginnen. Die Förderung von Ausbildungsbewerbern erreichte damit fast das hohe Niveau des Vorjahres.

Projekte der vertieften Berufsorientierung verfolgen einen präventiven Ansatz und richten sich deshalb an Schüler der Vorabgangsklassen von allgemeinbildenden Schulen. Sie gewährten 45.000 Schülern einen Einblick in die betriebliche Praxis, trugen damit zu zielgerichteten Bewerbungen bei und erhöhten die Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Damit unterstützt die BA die Länder dabei, Schüler auf das Berufsleben vorzubereiten, um die volkswirtschaftlichen Folgekosten von Schulabgängern mit mangelnder Berufsreife zu reduzieren.

Steuerung und Zielerreichung im SGB II

Geschäftspolitische Ziele

Führung und Steuerung im Bereich der Grundsicherung erfolgen auf Basis einer Zielvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit. Unter der Annahme, dass die Beschäftigung 2008 weiter zunehmen und die Zahl der Arbeitslosen weiter sinken wird, hat das BMAS für 2008 mit der BA anspruchsvolle Ziele vereinbart:

*Anspruchsvolle Ziele
für die Umsetzung der
Grundsicherung*

- Reduzierung der passiven Leistungen um 6,5% (Einsparung von 900 Mio. EUR)
- Steigerung der Integrationsquote um 10,3% auf 22,1%
- Steigerung der Integrationsquote Jugendlicher um 8,9% auf 30,0%

Diese Ziele waren gleichzeitig mit dem Anspruch verbunden, die verfügbaren Haushaltsmittel für Eingliederungsleistungen wirkungsorientiert zur Erreichung der Ziele einzusetzen. Mit einem Budget in Höhe von 5,3 Mrd. EUR standen den Arbeitsgemeinschaften (ARGE) und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung rund 1,0 Mrd. EUR mehr Mittel für Eingliederungsleistungen zur Verfügung als 2007 ausgegeben wurden.

Mit Blick auf die von den Prüfinstanzen festgestellten Defizite wurden darüber hinaus im Bereich der Qualitätssicherung und -optimierung die Aktivitäten für den Aufbau eines strukturierten Qualitätsmanagements intensiviert, um die Prozesse und Arbeitsqualität in den ARGE und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung nachhaltig zu verbessern.

Zielerreichung im SGB II

Die Ergebnisse haben sich bei allen drei Zielindikatoren gegenüber dem Vorjahr verbessert. Allerdings konnten die mit dem BMAS vereinbarten Ziele 2008 nicht vollständig erreicht werden.

*Hilfebedürftigkeit konnte
erfolgreich verringert
werden*

Die kumulierten Ausgaben für die Summe passiver Leistungen lagen 2008 bei 13,21 Mrd. EUR*, was einer Senkung gegenüber dem Vorjahr von 5,3% bzw. 743 Mio. EUR* entspricht. Die Einsparungen bei den passiven Leistungen sind u. a. darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Personen, die einen Antrag auf Grundsicherungsleistungen gestellt haben, gegenüber dem Vorjahr um 7,1%* abnahm. Dies ist zum Teil auf eine verbesserte Zugangsberatung der Grundsicherungsstellen zurückzuführen. Gleichzeitig konnten die Abgänge aus Hilfebedürftigkeit durch verbesserte Aktivierung und Förderung gegenüber dem Vorjahr um 6,6%* gesteigert werden. Das bundesweite Ziel, die Ausgaben für die „Summe passiver Leistungen“ im Vergleich zum Vorjahr um 6,5% zu senken, wurde dennoch um rund 150 Mio. EUR* verfehlt. Dabei ist u. a. zu berücksichtigen, dass durch die Aussetzung des Riesterfaktors die gesetzliche Regelsatzanpassung 2008 höher als geplant ausgefallen ist, was zu Mehrausgaben von rund 40 Mio. EUR* geführt hat.

*Anteilig nahmen mehr
Personen eine Ausbildung
oder Beschäftigung auf*

Die Integrationsquote in Höhe von 21,9%* konnte im Vergleich zum Vorjahr um 9,1%* verbessert werden. Somit haben anteilig mehr Kunden als im Vorjahr eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung aufgenommen. Dies spiegelt sich auch im Rückgang der Arbeitslosigkeit im SGB II (inkl. zkt) um 265.700 Personen (- 10,5%) im Jahresdurchschnitt 2008 im Vergleich zum Vorjahr wider. Die Zahl der hilfebedürftigen Personen in Bedarfsgemeinschaften hat sich in Folge um 4,7% (vorläufig hochgerechnete Zahl) reduziert, ebenso die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 4,1% (vorläufig hochgerechnete Zahl). Das anspruchsvolle Ziel, die Integrationsquote um 10,3% zu erhöhen, wurde dennoch nicht voll erreicht. Mitverantwortlich ist u. a. der geringe Einsatz der neuen Instrumente Beschäftigungszuschuss und Kommunal-Kombi. Beide Instrumente blieben hinter den Erwartungen zurück: Insgesamt wurden 2008 beim Beschäftigungszuschuss 22.000 Eintritte realisiert (vorläufige Zahlen). Beim Kommunal-Kombi wurden seit Anfang 2008 4.400 Anträge für 9.900 Stellen gestellt. 8.000 Stellen wurden bewilligt. Der Beschäftigungszuschuss als neues Instrument war zunächst wenig bekannt und musste bei Arbeitgebern und Trägern beworben werden. Darüber hinaus wurde die Entscheidung der EU zur Öffnung der Förderung auch für private Arbeitgeber ab 1. April erst im März 2008 getroffen. Für die Umsetzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi ist das Bundesverwaltungsamt zuständig.

Auch die Perspektiven für Jugendliche unter 25 Jahren waren 2008 günstig. Die Integrationsquote der unter 25-Jährigen lag 2008 bei 31,2%*. Das vereinbarte Ziel, die Integrationsquote der unter 25-Jährigen um 8,9% auf 30,0%* zu steigern, wurde um 1,2 Prozentpunkte* überschritten. 2008 waren durchschnittlich 185.200 Jugendliche im Rechtskreis SGB II (inkl. zkt) arbeitslos gemeldet (- 16,6% bzw. - 36.800 im Vergleich zum Vorjahr). Damit sank die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen deutlicher als im Rechtskreis SGB II insgesamt.

* Vorläufige Daten zur Zielerreichung basieren auf einer Prognose vom Berichtsmonat September 2008.

Mit insgesamt 4,74 Mrd. EUR wurden 2008 für Eingliederungsleistungen rund 12,4% (+ 522 Mio. EUR) mehr ausgegeben als im Vorjahr. Die Förderstrukturen wurden dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgend weiter ausgebaut. Die Verbesserung der Integrationschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt hat dabei gegenüber den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen an Bedeutung gewonnen.

Die Qualitätssicherung und -optimierung wurde 2008 weiter fortgesetzt. Zur Sicherstellung der rechtmäßigen Leistungserbringung und der Mittelverwendung hatte die BA bereits 2007 ein Verfahren zur Einhaltung von Mindeststandards implementiert. Seit 2008 sind nun auch die technischen Voraussetzungen geschaffen, die Einhaltung der operativen Mindeststandards bundesweit transparent darzustellen. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass insbesondere bei den operativen Prozessen ab Antragstellung vor Ort noch Handlungsbedarf besteht.

*Transparenz über die
Einhaltung von operativen
Mindeststandards
hergestellt*

Im Herbst 2008 wurde der Planungsprozess für das Jahr 2009 durchgeführt. Nach drei Jahren Kontinuität stützt sich die Zielvereinbarung 2009 auf ein weiterentwickeltes Zielsystem, das neben den bekannten Zielen „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“ und „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ das neue Ziel „Langzeitbezug vermeiden“ enthält. Durch die Einführung des neuen Ziels soll das Augenmerk des SGB II-Zielsystems stärker auf die SGB II-Kunden gerichtet werden, die bereits länger als 24 Monate Grundsicherungsleistungen beziehen und arbeitslos sind.

Zusätzlich soll 2009 ein Index eingeführt werden, der die Prozessqualität aus den operativen Mindeststandards „Bearbeitungsdauer“, „Erstberatung“ und „Angebot U25“ sowie der Kennzahl „Eingliederungsvereinbarung im Bestand“ abbildet. Die Optimierung der Geschäftsprozesse in den ARGEn und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung wird deshalb im nächsten Jahr weiterhin im Fokus der zentralen Steuerungsaktivitäten stehen. Damit wird auch der Evaluation nach § 6c SGB II Rechnung getragen, die für die Überwindung der Hilfebedürftigkeit der frühzeitigen Aktivierung einen hohen Stellenwert beimisst.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die BA haben sich trotz der sich abzeichnenden Rezession auf anspruchsvolle Ziele verständigt. Auf Basis der gemeldeten Angebotswerte der ARGEn ergaben sich nach Abschluss der Verhandlungen mit dem BMAS folgende Zielwerte für 2009, die sich auf die wirtschaftliche Herbstprognose der Bundesregierung von 2008 beziehen (BIP 2009: + 0,2%): Senkung der Passiven Leistungen um 3% und Konsolidieren der Integrationsquote (+ 0,7%). Darüber hinaus soll zum Ziel „Langzeitbezug vermeiden“ die Anzahl der Kunden im Kundenkontakt über 24 Monate 2009 das Niveau des Vorjahres nicht überschreiten.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Die Bundesagentur für Arbeit befindet sich seit 2008 in ihrer dritten Reformphase. Während die beiden ersten Phasen eine Verbesserung der Führbarkeit und die Steigerung der operativen Leistungsfähigkeit zum Ziel hatten, ist die dritte Phase im Sinne einer Vertiefung des Kerngeschäfts auf die künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerichtet. Erste Erfolge der eingeleiteten Reformen sind inzwischen deutlich zu erkennen. Die Bundesagentur für Arbeit geht insgesamt gestärkt in den sich Ende 2008 auch am Arbeitsmarkt abzeichnenden Abschwung. Der Verwaltungsrat wird den Vorstand bei der Umsetzung der weiteren Reformen unterstützen und auch in der dritten Reformphase gezielt Akzente zur Verbesserung des Kerngeschäfts der Beratung, Vermittlung und gezielten aktiven Förderung setzen. Dabei unterstützt der Verwaltungsrat den Kurs des Vorstandes und misst einer im Rahmen der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung sinnvollen, stärkeren Etablierung von Prävention und Innovation sowie der Nachhaltigkeit von Integrationen einen besonderen Stellenwert bei.

Vor dem Hintergrund von Fachkräfteengpässen in bestimmten Marktsektoren, mit denen in den kommenden Jahren trotz des konjunkturellen Abschwungs zu rechnen ist, gewinnt insbesondere die gezielte Förderung von Jugendlichen weiter an Bedeutung. Dies gilt gerade auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die vom Verwaltungsrat bereits im Jahr 2007 eingeleiteten Initiativen, mit denen mehr benachteiligte junge Menschen zu einem Berufsabschluss geführt werden sollten, konnten 2008 erfolgreich fortgeführt werden. So hat der Verwaltungsrat einer erneuten Ausweitung der ausbildungsbegleitenden Hilfen im Jahr 2008 um 11 % zugestimmt. Die vom Verwaltungsrat in der Haushaltsaufstellung für 2008 vorgenommenen Aufstockungen für die Berufsausbildung sowie für die Verbesserung des Maßnahmeangebots gegenüber Nichtleistungsempfängern wurden von den Arbeitsagenturen aufgegriffen. So konnte im Bereich eines ganzheitlichen Maßnahmeangebots unter den Nichtleistungsempfängern die Quote der weiblichen Maßnahmeteilnehmer deutlich gesteigert werden.

Im Rahmen des Programms zur Verbesserung der Ausbildungschancen Jugendlicher wurden im Jahr 2008 darüber hinaus die präventiven Angebote insbesondere im Rahmen der erweiterten vertieften Berufsorientierung deutlich ausgebaut, um die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger, vor allem aus Hauptschulen, zu verbessern. Angesichts der Herausforderungen beim Übergang von der Schule in den Beruf will die Arbeitslosenversicherung so einen wirksamen Impuls setzen, um die Länder hier in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und deren Potenziale zu nutzen, setzt sich der Verwaltungsrat beim Gesetzgeber für eine schnellere und leichtere Anerkennung bereits im Heimatland erworbener Studien- und Berufsabschlüsse ein.

Der Verwaltungsrat hat sich bei der Aufstellung des Haushaltes 2009 frühzeitig dafür eingesetzt, die Mittel zur Qualifizierung von Arbeitnehmern während Kurzarbeit aufzustocken und die Initiative des Vorstandes unterstützt, die Qualifizierung geringqualifizierter Arbeitssuchender voranzubringen. Gleichwohl hat der Verwaltungsrat betont, dass auch hier die Förderung gezielt nach Wirkung und Wirtschaftlichkeit erfolgen muss. Bei der Förderung von Geringqualifizierten und älteren Beschäftigten

besteht im Verwaltungsrat darüber Einigkeit, das von ihm initiierte Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen) auch im Jahr 2009 als Sonderprogramm weiter zu führen. Mit WeGebAU soll auch 2009 im präventiven Sinne ein Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit geleistet werden. Hierzu ergänzend hat der Verwaltungsrat dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit zur Umsetzung einer Förderrichtlinie (Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Mitfinanzierung von Qualifizierungsangeboten für Bezieherinnen und Bezieher von Kurzarbeitergeld) zugestimmt. Mit Inkrafttreten der Richtlinie können auch bereits qualifizierte Arbeitnehmer während der Kurzarbeit betriebsspezifische und allgemeine Maßnahmen der Qualifizierung in Anspruch nehmen. Damit wird der Personenkreis erweitert, der während der Kurzarbeit eine Förderung erhalten kann.

Der Verwaltungsrat hat auch im Jahr 2008 seine Funktion als Kontrollorgan über die Bundesagentur für Arbeit intensiv wahrgenommen. Der Verwaltungsrat befasste sich eingehend mit den unterschiedlichen Modellen zur Eingliederung von Arbeitslosen unter stärkerer Einbeziehung von Dritten und hat den Vorstand beratend begleitet.

Der Verwaltungsrat hat überdies den Gesetzgeber wiederholt darauf hingewiesen, dass sich die Bundesagentur für Arbeit gerade angesichts der steigenden Herausforderungen am Arbeitsmarkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können muss und sich daher entschieden dagegen gewandt, neue gesamtgesellschaftliche Aufgaben vom Steuerzahler auf die Beitragszahler zu verlagern. Nach geänderter Rechtsauffassung des Bundes soll die bisher vom Bund erfolgte Erstattung der Rentenversicherungsbeiträge an Werkstätten für behinderte Menschen künftig durch die Kostenträger, insbesondere die Bundesagentur für Arbeit, übernommen werden, wenn von den behinderten Menschen kein Arbeitsentgelt erzielt wird. Die Mehrheit des Verwaltungsrats hält diese Rechtsauffassung für unzutreffend und sah sich nach intensiven Versuchen um eine einvernehmliche Regelung gezwungen, gegen die rechtsaufsichtliche Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen durch die Bundesagentur für Arbeit den Klageweg zu beschreiten. Auch zu den Beiträgen für Kindererziehungszeiten hat der Verwaltungsrat den Beschluss der Bundesregierung abgelehnt, die Finanzierung der Beiträge von Kindererziehungszeiten vom Bund auf die Bundesagentur für Arbeit zu übertragen. Damit widersprach er einer zusätzlichen und versicherungsfremden Belastung der Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung von 290 Mio. EUR (für 2009).

WEITERENTWICKLUNG DER BA

Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service

Die Einführung des Konzeptes zur Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service wurde zum 30. Juni 2008 in allen Agenturen für Arbeit abgeschlossen. Die Rückmeldungen aus der Praxis sowie die erzielten Ergebnisse zeigen, dass das Konzept ein solides Fundament bildet, um erfolgreich den Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt zu unterstützen. So leistet die Intensivierung der Interaktion zwischen den stellenorientiert und den bewerberorientiert tätigen Vermittlungsteams einen erheblichen Beitrag zur zeitnahen Stellenbesetzung in hoher Qualität bei gleichzeitiger Ausschöpfung der Integrations- und Beschäftigungspotenziale. Durch die Integration der Ausbildungsvermittlung und optional der stellenorientierten Vermittlung von Rehabilitanden und schwerbehinderten Menschen in den Arbeitgeber-Service ist es gelungen, den Leitgedanken der Arbeitgeberorientierung „Unser Service hat jetzt ein Gesicht“ in der Wahrnehmung der Arbeitgeber zu verstetigen.

Das rechtskreisübergreifende Leitkonzept für den gemeinsamen Arbeitgeber-Service beinhaltet die ganzheitliche Betrachtung der Arbeitgeberorientierung, die den Belangen und Bedürfnissen beider Rechtskreise Rechnung trägt

Mit der Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service wurde gleichzeitig die Basis für die Konsolidierung der bisher getrennten Leitfäden für die arbeitgeberorientierte Arbeits- und Ausbildungsstellenvermittlung sowie für Rehabilitanden und Menschen mit Behinderung in einem rechtskreisübergreifenden Leitkonzept für den gemeinsamen Arbeitgeber-Service geschaffen. Das rechtskreisübergreifende Leitkonzept beinhaltet eine ganzheitliche Betrachtung der Arbeitgeberorientierung, die den Belangen und Bedürfnissen beider Rechtskreise Rechnung trägt. Durch die Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die Einbindung der Verantwortlichen sowohl des SGB II- als auch des SGB III-Bereiches in die Ausgestaltung der Geschäfts- und Entscheidungsprozesse sowie die gemeinsame Verantwortung der Führungskräfte beider Rechtskreise für die geschäftspolitische Ausrichtung vor Ort partizipieren beide Partner am gemeinsamen Arbeitgeber-Service im Interesse des Kunden Arbeitgeber.

Die Geschäftsprozesse Arbeitgeber werden inhaltlich auf die geänderten Rahmenbedingungen abgestimmt. Dabei finden die spezifischen Belange des SGB II- und SGB III-Bereiches, z.B. die Besonderheiten der Kundenstruktur, bei der Gestaltung der operativen Prozesse Berücksichtigung. Gleichzeitig wird an den hohen, bereits definierten Qualitätsstandards und der Forderung nach einer professionellen vertriebsorientierten Dienstleistungserbringung festgehalten.

Mit der Umsetzung des rechtskreisübergreifenden Leitkonzeptes für den gemeinsamen Arbeitgeber-Service wird die Bundesagentur für Arbeit ihre Position als wichtigster Dienstleister am Arbeitsmarkt weiter festigen und einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Kundenzufriedenheit leisten.

Beginnend ab Oktober 2008 erfolgte in gemeinsamen, rechtskreisübergreifenden Veranstaltungen die Information und Schulung der Verantwortlichen zum oben genannten Leitkonzept. Die flächendeckende Einführung des Konzeptes zur rechtskreisübergreifenden Arbeitgeberbetreuung soll bis zum 31. März 2009 abgeschlossen sein.

Aktuell arbeitet die BA an der stetigen Verbesserung der Kompetenzen und Methoden bei den Führungs- und Ausführungskräften. Ziel ist es dabei, durch den systematischen Aufbau von Methoden und Kompetenzen den Ergebnisbeitrag der Arbeitgeberorientierung weiter zu erhöhen.

Interne Revision

Die Interne Revision der BA erfüllt die gesetzlichen Prüfaufträge nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) – Zweites Buch (II) und Drittes Buch (III). Sie hat direktes Zugangsrecht zu Vorstand und Verwaltungsrat. Alle Berichte der Internen Revision werden umgehend vom Vorstand den zuständigen Aufsichtsgremien vorgelegt.

Prüfungsthemen leiten sich regelmäßig aus der Risikoanalyse der Internen Revision ab und werden von den Aufsichtsgremien genehmigt. Darüber hinaus beauftragt der Verwaltungsrat die Interne Revision mit Themen im Rahmen seiner Überwachungsfunktion gegenüber Vorstand und Verwaltung.

Neben den gesetzlichen Prüfaufträgen ist die Interne Revision für Korruptionsprävention und -bekämpfung zuständig.

Die BA hat sich als Mitglied im Deutschen Institut für Interne Revision e.V. dazu verpflichtet, die Prüfungen der Internen Revision nach international anerkannten Revisionsgrundsätzen und -standards durchzuführen. Im Rahmen einer externen Qualitätsprüfung wurde aktuell bestätigt, dass die Interne Revision der BA die Anforderungen der internationalen Revisionsstandards erfüllt.

In den Agenturen und Arbeitsgemeinschaften sind Prüfungen auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes durchgeführt worden. Vor Ort wurden regelmäßig Hinweise zur Verbesserung der Aufgabenerledigung gegeben. Gegenüber den Steuerungseinheiten in der Zentrale sind Empfehlungen zur Optimierung von Geschäftsprozessen und Internen Kontrollsystemen ausgesprochen worden. Vereinbarte Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen werden laufend nachgehalten.

Die Interne Revision greift jeden Hinweis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. von Bürgerinnen und Bürgern zu möglichen Korruptionsdelikten konsequent auf. Die Berufung des Antikorruptionsbeauftragten in der BA hat das System der Korruptionsprävention und -bekämpfung dabei ergänzt.

Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)

Der ZAV ist es 2008 gelungen, ihr Profil als Spezialdienstleister für besondere Kundengruppen und Märkte und zugleich als interner Dienstleister der BA weiter zu schärfen. Damit trug sie zur geschäftspolitischen Zielerreichung der BA bei.

Im Rahmen der Auslandsvermittlung bietet die ZAV bestimmten Berufsgruppen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt keine adäquate Beschäftigung finden, eine zumeist zeitlich befristete Jobperspektive im Ausland an. Im Jahr 2008 nutzten diese Chance 9.413 deutsche Arbeitnehmer/-innen, 9,9% mehr als noch im Vorjahr (8.565).

Im Bereich der Managementvermittlung vermittelt die ZAV Führungskräfte der oberen Leitungsebene in deutsche Unternehmen. Darüber hinaus übernimmt sie bundesweite BA-Vermittlungsprojekte, beispielsweise die „Ingenieur-Jobbörsen“ zur Unterstützung der Arbeitgeber bei der Rekrutierung von Führungs- und Fachkräften aus Maschinenbau

ZAV: Bonn und 17 Standorte bundesweit – internationale Job-, Management- und Künstlervermittlung sowie Arbeitsmarktzulassung

und Elektrotechnik. Im vergangenen Jahr konnten so insgesamt 1.691 Menschen in Arbeit integriert werden. Dies bedeutet eine Steigerung um 24,2% im Vergleich zum Vorjahresergebnis.

Des Weiteren konnten durch die Künstlervermittlung 55.358 Künstler in den deutschen Arbeitsmarkt für Darstellende Kunst, Musik und Entertainment integriert werden, davon 51.707 (93,4%) in branchenübliche Engagements bis zu sieben Tagen Dauer und 3.651 in Beschäftigungen über sieben Tage Dauer.

Im Bereich der Arbeitsmarktzulassung verzeichnete die ZAV einen leichten Rückgang. Insgesamt wurden 336.019 Arbeiterlaubnisse erteilt und damit 3,4% weniger als im Vorjahr.

Die ZAV-Auslandsvermittlung wird zukünftig als unterstützende Beratungsstelle für die Anerkennung von Abschlüssen hochqualifizierter Kunden aus dem Ausland fungieren. Ziel ist es, einen Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu leisten, indem verstärkt hochqualifizierte Einwanderer adäquat zu ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt werden.

Entwicklungen im Bereich Familienkasse

Nach dem Abschluss der Neuausrichtung der Familienkasse im Jahr 2006 hat sich die Organisation, bestehend aus der Direktion in Nürnberg und 102 örtlichen Familienkassen sowie sechs Service Centern Familienkasse (Standorte: Göttingen, Halle, Marburg, Neubrandenburg, Stade und Hannover) konsolidiert.

Die Familienkasse hat sich auf die durch die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags erfolgten gesetzlichen Änderungen im Oktober 2008 und die damit in Zusammenhang stehenden Leistungsverbesserungen beim Wohngeld zum 1. Januar 2009 erfolgreich vorbereitet. Dies gilt auch für den vom Bundeskabinett im Oktober 2008 beschlossenen Gesetzesentwurf zur Entlastung von Arbeitnehmern und Familien und die hierin festgelegte Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2009. Damit werden die Leistungen an Familien verbessert, was einen weiteren Beitrag zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut darstellt.

Im Jahr 2008 begannen erste konzeptionelle Vorbereitungen zu einer möglichen Übernahme der Kindergeldbearbeitung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit durch die Familienkasse. Durch die organisatorische Eingliederung wird erwartet, die Effektivität und Effizienz der Bearbeitung auch dieser Kindergeldangelegenheiten zu steigern.

Im IT-Bereich startete 2008 das Projekt KinO1 als erstes Teilprojekt von insgesamt drei Kindergeld-Online Projektstufen. Damit soll dem Kindergeldberechtigten die Möglichkeit gegeben werden, seinen Kindergeldantrag in der Endausbaustufe online auszufüllen, welcher bisher per Hand ausgefüllt und per Post abgeschickt wird. Die dazu geplanten Folgeprojekte haben zum Ziel, über die Einführung eines Formularsystems hinaus auch eine direkte Datenübertragung an die Familienkassen zu ermöglichen und in einem weiteren Schritt den für die Kindergeldbearbeitung notwendigen Austausch

von Daten zwischen Behörden auf elektronischer Basis zum Zwecke einer schnelleren Bearbeitung zu fördern. Mit diesen Projekten setzt die Familienkasse die E-Government-Strategie des Bundes um.

Kindergeld und Kinderzuschlag

Die Familienkassen der BA hatten Ende Dezember 2008 rund 8,95 Mio. Berechtigte (2007: 9,11 Mio.) mit 14,77 Mio. Kindern (2007: 15,02 Mio.) zu betreuen und zahlten im Jahr 2008 28,55 Mrd. EUR Kindergeld (2007: 28,99 Mrd. EUR) sowie 143 Mio. EUR Kinderzuschlag (2007: 109 Mio. EUR) aus.

Kundenreaktionsmanagement

Im Jahr 2008 gingen im Kundenreaktionsmanagement der BA insgesamt rund 110.000 Anliegen ein. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von ca. 30%. Daran wird insbesondere deutlich, dass die Bemühungen der BA um Kundenrückmeldungen greifen. Gründe für den Anstieg sind insbesondere die bundesweite Einführung der einheitlich gestalteten Meinungskarte, der verstärkte Internetauftritt des Kundenreaktionsmanagements sowie dessen größerer Bekanntheitsgrad. Von den Anliegen waren 76.000 Beschwerden und 25.000 lobende Äußerungen. Rund ein Drittel der kritischen Beschwerden war berechtigt. Diese Quote entspricht der des vorangegangenen Berichtszeitraumes.

*Anstieg der Kundenanliegen
von ca. 30%*

Die Kundenanliegen streuen breit über das gesamte Dienstleistungsangebot der BA. Wie in den Vorjahren standen entsprechend dem Aufgabenspektrum der BA im Mittelpunkt:

- im Rechtskreis **SGB III**
die Zahlung von Arbeitslosengeld (insbesondere bezogen auf Sperrzeiten, Beratung und Dauer der Bearbeitung), die Arbeitsvermittlung (vorwiegend Vermittlungsverfahren und -vorschläge) und das Mitarbeiterverhalten (hier die Aspekte Kommunikation, fachliche Kompetenz und Zuverlässigkeit),
- im Rechtskreis **SGB II**
die Leistungen der Grundsicherung (dabei insbesondere die Dauer der Bearbeitung, die Höhe der Leistung und das zu berücksichtigende Einkommen), die Dauer von Widerspruchsverfahren und das Mitarbeiterverhalten (auch hier die Aspekte Kommunikation und fachliche Kompetenz) und
- im Bereich der **Familienkassen** die Bearbeitung der Kindergeldanträge sowie die Beratung.

Inhalte der Kundenanliegen

PERSONAL/ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Demografiesensible Personalpolitik

*BA zum dritten Mal mit dem
TOTAL E-QUALITY Prädikat
ausgezeichnet*

Der Ausbau der demografiesensiblen Personalpolitik und die Einführung des Diversity Managements schreiten voran. Im Jahr 2008 lagen die Schwerpunkte in der Förderung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie der Förderung von Sensitivität bei den Beschäftigten im Hinblick auf (interkulturelle) Vielfalt bei Kunden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BA. Für ihre an Chancengleichheit und Lebenszyklen orientierte Personalpolitik ist die BA in diesem Jahr zum dritten Mal mit dem TOTAL E-QUALITY Prädikat ausgezeichnet worden. Sie hat zudem die Erklärung „Erfolgsfaktor Familie“ der gleichnamigen Initiative unterzeichnet. Die Umsetzung der Altersstrukturpolitik im Blickwinkel des demografischen Wandels wird schrittweise ausgebaut, so unter anderem über Workshops zur Sensibilisierung und ein erstmalig durchgeführtes Seminar zur generationsübergreifenden Führung.

Leistungs- und Entwicklungsdialog

Im Rahmen des Personalmanagementkonzepts der BA wurde 2008 erstmalig mit allen Führungskräften der BA ein Leistungs- und Entwicklungsdialog (LEDi) durchgeführt. Damit wird für Führungskräfte auf allen Geschäftsebenen eine Verbindung zwischen dem Planungs- und Steuerungsprozess der BA, individuellen Zielvereinbarungen, dienstlichen Beurteilungen und ebenfalls individuell festzulegenden Personalentwicklungsmaßnahmen hergestellt. Für das Jahr 2009 ist die Ausdehnung des LEDi auf alle Beschäftigte der BA geplant.

Verbesserung der Führung

*Führungsfähigkeit wird
gestärkt*

Um die Führungsleistung der Teamleiterinnen und Teamleiter in den operativen Bereichen der Agenturen für Arbeit zu verbessern, wird ein gezieltes Programm zur Stärkung ihrer Führungsfähigkeit durchgeführt. Es soll einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, die Reform der BA wirkungsvoll im Denken und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verankern und die operative Leistungsfähigkeit der BA weiter zu stärken. Das Konzept wurde in den Regionaldirektionen Nord, Nordrhein-Westfalen und Bayern pilotiert; die Flächeneinführung beginnt im Januar 2009.

Neuordnung der internen Bildungsorganisation

*Stärkere dezentrale
Verantwortung in der
Qualifizierung*

Durch die Optimierung der Organisation und Prozesse in der Qualifizierung des Personals wurde die bisher zentral vom BA-Bildungsinstitut verantwortete Einrichtung und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen den Regionaldirektionen übertragen. Dadurch kann flexibler und bedarfsgerechter auf Bildungsbedarfe reagiert werden. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden stärker an den persönlichen, örtlichen und regionalen Bedarfen und Gegebenheiten ausgerichtet.

Standards für einheitliche Prozess- und Servicequalität

Seit Anfang 2008 ist jede Neu- bzw. Reorganisation in der BA in einem Fachkonzept zu beschreiben. Die Fachkonzepte setzen Standards für eine einheitliche Prozess- und Servicequalität sowie Benchmarks für die Organisation. Durch das einheitliche Vorgehen bei Organisationsveränderungen wird Transparenz in allen Prozessschritten gewährleistet. Mit den Fachkonzepten werden die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über organisatorische Zusammenhänge und deren Auswirkungen zeitnah und umfassend informiert. Sie bilden auch die Grundlage für die Zusammenarbeit der BA mit der Personalvertretung und den Tarifpartnern.

*Grundlage für eine
systematische
Organisationsentwicklung*

Personalkonzepte SGB II und SGB III

Mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgestimmte Personalkonzepte für den SGB II- und den SGB III-Bereich sind die Grundlage für die Stabilisierung der Personalstrukturen der BA. Der Personalkörper soll für das gesamte Aufgabenspektrum zukunftsfest und nachhaltig sowie auf qualitativ hohem Niveau stabilisiert werden, bleibt aber gleichsam mit einem personalpolitisch gesetzten und gewollten Anteil an befristeter Beschäftigung für weitere Veränderungen flexibel aufgestellt. Die im Rechtskreis SGB II sowie auch in der Vermittlung des Rechtskreises SGB III dabei zugrundegelegten Betreuungsschlüssel sind nach dem Verständnis der BA keine Instrumente der Personalbemessung und der Abbildung des Arbeitsvolumens, sondern bieten vielmehr Anhaltspunkte für eine an Wirkungsgesichtspunkten orientierte Ressourcenverteilung, die flexibel auf die Veränderungen von Rahmenbedingungen (z. B. konjunkturelle Auswirkungen) angepasst werden kann.

FINANZEN

Zu Ende gehender Aufschwung am Arbeitsmarkt begünstigt die Finanzergebnisse 2008

*Haushaltsdefizit 2008
3,85 Mrd. EUR geringer als
erwartet*

Im Jahr 2008 hat die BA im Beitragshaushalt Einnahmen von 38,29 Mrd. EUR erzielt und Ausgaben von 39,41 Mrd. EUR geleistet. Hieraus ergibt sich ein Finanzierungsfehlbetrag von 1,12 Mrd. EUR. Dieses Haushaltsergebnis ist von einem Sondereffekt geprägt: Die Errichtung und finanzielle Erstausrüstung eines Versorgungsfonds für die Pensionäre der BA zum Jahresbeginn 2008 erhöhte die Ausgaben um 2,5 Mrd. EUR. Ohne diesen Einmaleffekt wären die Ausgaben entsprechend geringer und damit im operativen Bereich ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 1,38 Mio. EUR zu verzeichnen. Geplant war dort ein Saldoergebnis von – 2,47 Mrd. EUR. Es ist somit eine Verbesserung um 3,85 Mrd. EUR eingetreten.

*Beitragssatz von 4,2% auf
3,3% gesenkt*

Der Haushalt der BA wird wesentlich durch die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Ausgaben beeinflusst. Die BA plant deshalb regelmäßig ihre Einnahmen, insbesondere die Beiträge und das Arbeitslosengeld, auf der Basis der von der Bundesregierung getroffenen Annahmen. Ein entscheidender Faktor bei der Planung der Einnahmen 2008 war außerdem die neuerliche Absenkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung auf 3,3% zum 01. Januar 2008, nachdem dieser bereits ein Jahr zuvor von 6,5% auf 4,2% zurückging. Bei den Ausgaben bestimmt das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unmittelbar den Bedarf für das Arbeitslosengeld und über die Zahl der Kunden auch die Höhe des Aufwands bei den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung.

Der Haushaltsplan 2008 umfasste ein Volumen von 43,12 Mrd. EUR. Den veranschlagten Ausgaben standen Einnahmen von 38,15 Mrd. EUR gegenüber. Zum Ausgleich des Haushaltsfehlbetrages von 4,97 Mrd. EUR war eine Entnahme aus der Rücklage geplant. Die günstigen Haushaltsergebnisse 2006 und 2007 hatten nach vielen Jahren wieder den Aufbau einer Rücklage ermöglicht. Diese belief sich zum Jahresende 2007 auf rund 17,86 Mrd. EUR.

Die Fortschreibung der Einschätzung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Mai und Oktober 2007 lässt die wesentlichen Ursachen für die ausgesprochen günstige Finanzentwicklung im Jahr 2008 deutlich erkennen:

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

Relative Veränderungen zum Vorjahr, Arbeitslosenzahlen absolut in Mio.

	2006		2007		2008	
	Ist	Ist	Einschätzung der Bundesregierung Oktober 2007	Jahreswirtschaftsbericht Januar 2008	Einschätzung der Bundesregierung Mai 2008	Oktober 2008
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7%	+ 2,5%	+ 2,0%	+ 1,7%	+ 1,7%	+ 1,7%
Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten	+ 0,8%	+ 1,3%	+ 2,4%	+ 2,4%	+ 2,5%	+ 2,4%
Gesamtzahl abhängig Beschäftigter	+ 0,7%	+ 1,7%	+ 0,7%	+ 0,7%	+ 1,1%	+ 1,5%
Arbeitslose im Jahresdurchschnitt	4,487	3,776	3,493	3,450	3,274	3,263

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2004 stand unter dem Einfluss der guten Konjunktur und der Reformen am Arbeitsmarkt. Im Durchschnitt der 12 Monate des Jahres 2008 wurden 3,268 Mio. arbeitslose Menschen gezählt, so viel wie zuletzt im Sommer 1993. Gegenüber 2005 beträgt der Rückgang fast 1,6 Mio. Der Jahresdurchschnitt von 3,268 Mio. liegt um 508.000 oder 12,4% unter dem Vorjahr. Die Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II profitierten zahlenmäßig von der Entwicklung ebenso wie in der Arbeitslosenversicherung. Nun zeigt sich jedoch besonders im Bereich der Arbeitslosenversicherung, dass sich die erfreuliche Entwicklung der letzten Jahre mehr und mehr abschwächt.

*Geringere Arbeitslosigkeit
erspart Ausgaben in
Milliardenhöhe*

Parallel zur beständig sinkenden Arbeitslosigkeit hat die Erwerbstätigkeit und dabei vor allem auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugenommen. Die Zahl der zur BA beitragspflichtigen Arbeitnehmer war in der Haushaltsplanung mit 26,49 Mio. angesetzt. Auf der Grundlage des vorläufigen Dezember-Standes liegt der Jahresdurchschnitt bei 26,92 Mio. Gegenüber 2007 bedeutet das eine Zunahme der beitragspflichtigen Beschäftigung von 590.000 oder 2,3%.

Es ist naheliegend, dass von dieser erfreulichen Entwicklung alle öffentlichen Haushalte, besonders beim Bund und bei der BA, profitieren konnten. Bei der BA haben außerdem eine zunehmend an Wirkung ausgerichtete Bewilligungspraxis in der aktiven Arbeitsförderung und eine wirtschaftliche Verwaltung zu den guten Finanzergebnissen beigetragen. Die Schwierigkeiten auf dem Finanzmarkt und die zunehmende konjunkturelle Abwärtsentwicklung in der Realwirtschaft haben den Arbeitsmarkt in Deutschland 2008 nur noch am Jahresende beeinflusst. Die negativen Auswirkungen dürften somit verstärkt im Jahr 2009 zum Tragen kommen.

*Finanzielle Auswirkungen
des Konjunkturerinbruchs
für 2009 zu erwarten*

Die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses 2008 sind:

- Die Jahreseinnahmen 2008 bleiben mit 38,29 Mrd. EUR um 143 Mio. EUR (0,4%) über den Erwartungen.
- Die Beitragseinnahmen sind trotz der deutlichen Zunahme der Zahl von Versicherungspflichtigen um lediglich 77 Mio. EUR (0,3%) über die Erwartungen hinaus gestiegen (Soll: 26,38 Mrd. EUR, Ist: 26,45 Mrd. EUR). Entgegengewirkt hat, dass die nach den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen sich nicht in vollem Umfang in der Beitragsbemessung niederschlugen.
- Von den eingeplanten Gesamtausgaben in Höhe von 43,12 Mrd. EUR mussten 3,71 Mrd. EUR (8,6%) weniger aufgewendet werden.
- Für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel und weitere Leistungen) gab die BA 10,74 Mrd. EUR aus. Der Haushaltsplan sah insgesamt 12,25 Mrd. EUR vor. In der Gesamtsumme waren 250 Mio. EUR für die befristete Beschäftigung zusätzlicher Vermittler enthalten. Diese Mittel wurden ins Verwaltungskapitel übertragen und dort zu 87% umgesetzt. Das Ausgabesoll für reine Förderleistungen belief sich auf 12,00 Mrd. EUR, wovon 1,26 Mrd. EUR (10,5%) nicht verbraucht wurden.

- Die Ausgaben für Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit beliefen sich auf 13,86 Mrd. EUR, 2,04 Mrd. EUR (12,8%) weniger als geplant (einschließlich Ausgaben für Sozialversicherungsbeiträge und für Arbeitslosengeld-Erstattungen an ausländische Versicherungsträger). Mit diesem Haushaltsergebnis wurde der finanzielle Aufwand gegenüber dem bisherigen Ausgabenhöchststand im Jahr 2004 (29,07 Mrd. EUR) mehr als halbiert.
- Für die Kosten des Beitragseinzugs, Verwaltung im Rechtskreis SGB III und die Bereitstellung von Dienstleistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende stellte der Haushaltsplan 2008 6,44 Mrd. EUR zur Verfügung, zuzüglich 250 Mio. EUR aus dem Eingliederungstitel für zusätzliche, befristet beschäftigte Vermittler. Die Jahresausgaben von 6,47 Mrd. EUR blieben um 213 Mio. EUR (3,2%) unterhalb des Budgetgesamtrahmens.
- Statt des ursprünglich erwarteten Haushaltsdefizits von 4,97 Mrd. EUR verblieb am Jahresende 2008 eine Ausgabenunterdeckung von 1,12 Mrd. EUR. Es mussten somit 3,85 Mrd. EUR weniger aus der Rücklage zum Ausgleich entnommen werden. Die Rücklage belief sich Ende 2008 somit auf 16,74 Mrd. EUR.

Haushalt 2009 in Kraft

Die Bundesregierung hat den vom Verwaltungsrat festgestellten Haushaltsplan der BA für das Jahr 2009 am 17. Dezember 2008 genehmigt. Der Haushaltsplan 2009 umfasst ein Volumen von 40,70 Mrd. EUR. Den geplanten Ausgaben in dieser Höhe stehen Einnahmen von 34,57 Mrd. EUR gegenüber. Zur Deckung des Defizits von 5,95 Mrd. EUR soll die Rücklage entsprechend abgeschmolzen werden.

Der Haushaltsplanung 2009 liegen die Annahmen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland vom Oktober 2008 zugrunde:

- Bruttoinlandsprodukt (real): +0,2%
- Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten: +2,8%
- Abhängig Beschäftigte: -0,1%
- Arbeitslose im Jahresdurchschnitt: 3,265 Mio.

Der Einnahmerückgang gegenüber 2008 ist insbesondere dem erneut auf nunmehr 2,8% gesenkten Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung geschuldet.

Aktive Arbeitsförderung weiterhin auf hohem Niveau

Auf der Ausgabenseite umfasst der Haushaltsplan 2009 12,58 Mrd. EUR für die aktive Arbeitsförderung – Eingliederungstitel und weitere Leistungen. Dieses Budget übersteigt die Ausgaben des Jahres 2008 (einschließlich der Ausgaben für die zusätzlichen Vermittler) um 1,51 Mrd. EUR. 20,91 Mrd. EUR sind für das Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld und den Eingliederungsbeitrag der BA im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende bestimmt sowie 7,2 Mrd. EUR für die Kosten des Beitragseinzugs und die Verwaltungsausgaben der BA einschließlich der Dienstleistungen im Grundsicherungsbereich.

Die Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage erweisen sich bereits zu Beginn des Jahres 2009 als überholt. Die Bundesregierung ist im Verlauf der letzten Monate zu der Überzeugung gelangt, dass die aktuelle weltumspannende Wirtschaftskrise Deutschland in

hohem Maße treffen und vor große, neuartige Herausforderungen stellen wird. In einer gemeinsamen Initiative sollen alle staatlichen Stellen einen gebündelten Konjunkturimpuls mit großer Dynamik auslösen.

Die Bundesregierung ergreift mit einem Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland fünf verschiedene Maßnahmepakete. Für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik gilt der Grundsatz, Entlassungen zu vermeiden und die Investition in berufliche Qualifikationen auszubauen. Die Regierung plant deshalb eine Gesetzesinitiative, um folgende Maßnahmen auf den Weg zu bringen:

Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

- Den Arbeitgebern werden in den Jahren 2009 und 2010 bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zur Hälfte von der BA erstattet. Für Zeiten einer beruflichen Qualifizierung während der Kurzarbeit können die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.
- Antragstellung und Verfahren bei Kurzarbeit werden vereinfacht.
- Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung soll bis Ende 2010 gesetzlich auf 2,8% stabilisiert werden.
- Für die Jahre 2009 und 2010 sollen zusätzliche Mittel für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für Arbeitnehmer über 25 Jahre, die über keinen Berufsabschluss verfügen, für Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen und für den Ausbau von Betreuung und Pflege. In den beiden Jahren soll der Bund für die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende 1,2 Mrd. EUR und die Bundesagentur für Arbeit 770 Mio. EUR zusätzlich bereitstellen.
- Zur Qualifizierung von Beschäftigten soll das Sonderprogramm zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen (WeGebAU) geöffnet und 2009 und 2010 um 200 Mio. EUR aufgestockt werden.
- Die Mittel des Europäischen Sozialfonds sollen in den Jahren 2009 und 2010 um insgesamt 200 Mio. EUR aufgestockt und für die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen während Kurzarbeit sowie zur Förderung von Projekten zur Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung eingesetzt werden.
- Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit sollen 2009 und 2010 aus dem Haushalt der BA Zuschüsse zur Qualifizierung in Höhe von jährlich 70 Mio. EUR erbracht werden.
- Die Agenturen für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) bzw. Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAGAw) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten jeweils 2.500 zusätzliche Stellen für Vermittlung, Betreuung und Leistungsgewährung. Des Weiteren soll die BA durch Amtshilfepersonal unterstützt werden.

Die Umsetzung dieses Maßnahmepakets wird den Haushalt der BA 2009 in wesentlichen Punkten verändern und erfordert außerdem erhebliche außerplanmäßige Ausgaben. Dazu wird ein Nachtragshaushalt erforderlich.

Nachtragshaushalt 2009 erforderlich

SGB II

Kundenstruktur im SGB II

Im Jahr 2008 waren monatlich durchschnittlich¹ 6,978 Mio. Personen hilfebedürftig in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, was einem Rückgang um 4,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Im Durchschnitt bilden 1,94 hilfebedürftige Personen eine Bedarfsgemeinschaft (BG), so dass 2008 monatlich ca. 3,603 Mio. BG auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen waren. Von den BG im Juni 2008 waren 50% Single-BG, 18% Alleinerziehende, 13% Paare ohne und 17% Paare mit Kindern. Damit ist jede zweite BG eine Single-BG, allerdings lebt in diesem BG-Typ nur etwa ein Viertel der hilfebedürftigen Personen.

Die SGB II-Quote, die die Anzahl der hilfebedürftigen Personen im SGB II auf das relevante Bevölkerungssegment (Wohnbevölkerung unter 65 Jahren) bezieht, lag im Jahr 2008 bei 10,6%. Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 73% der Hilfebedürftigen erwerbsfähig und 28% nicht erwerbsfähig. Von den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren im Juni 2008 49% Frauen; 19% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren jünger als 25 Jahre, während 23% 55 Jahre und älter waren; 19% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hatten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Im Juni 2008 waren von den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen 46% oder 2,178 Mio. arbeitslos gemeldet. 1,34 Mio. oder 26% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen verdienten im Juni 2008 Einkommen aus Erwerbstätigkeit, das waren 113.000 oder 9% mehr als im Vorjahresmonat. Das Einkommen variiert dabei erheblich, so haben 14% (719.000) der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ein Bruttoeinkommen bis zu 400 EUR, während 5% (240.000) der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Einkommen zwischen 400 und 800 EUR verdienen und 7% (378.000) über 800 EUR.

Gezielte Förderung für besondere Personengruppen voranbringen

Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere und Alleinerziehende im Fokus des SGB II

Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere und Alleinerziehende standen auch 2008 im Fokus der Aktivierungspolitik des SGB II:

Eine frühzeitige Aktivierung soll Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf ebnen. Dazu wurde die Vernetzung mit den Angeboten der Berufsberatung und der Jugendhilfe weiterentwickelt.

Durch die Umsetzung der Selbstverpflichtungen der BA im Rahmen des nationalen Integrationsplanes der Bundesregierung erfahren die Menschen mit Migrationshintergrund weitere Unterstützung. So setzten die Grundsicherungsstellen und Agenturen für Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die berufsbezogene Sprachförderung im Rahmen des ESF-BAMF-Programms um. Eine Arbeitshilfe stellte den gesamten Prozess der Sprachförderung systematisch und strukturiert dar. In Kooperation mit dem Deutschen Städtetag

¹ Gleitender Jahresdurchschnitt, d. h. ausgehend vom aktuellen Monat die letzten 12 Monate, mit Datenstand Oktober 2008. Siehe: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Oktober 2008, S. 2.

wurde am 2. Juni 2008 eine Fachtagung zum Thema „Berufliche Integration junger Migranten: Welche Chancen bietet das SGB II?“ durchgeführt. Bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen baut die BA ihr Beratungsangebot für die Personengruppe der Akademiker weiter aus.

Zur beruflichen Integration älterer Langzeitarbeitsloser wurde das vom BMAS initiierte und gesteuerte Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ mit einer zweiten Programmphase am 1. Januar 2008 gestartet. Daran beteiligen sich 2008 mittlerweile 194 Grundsicherungsstellen mit Partnern regionaler Netzwerke.

Auch Alleinerziehende im Rechtskreis SGB II benötigen zielgruppenorientierte Beratung und Begleitung, damit ein (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben gelingt. Dazu wurde den Fach- und Führungskräften in den Grundsicherungsstellen ein „Leitfaden für die Förderung von Alleinerziehenden im SGB II“ zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Kommunalen Spitzenverbände und die BA verschiedene Projekte mit dem Ziel der verbesserten Arbeitsmarktintegration und sozialen Absicherung von Familie und Beruf für Alleinerziehende begonnen.

Gutes tun und darüber reden – Fachtagungen im SGB II

Fachtagungen wurden auch 2008 wieder genutzt, um geschäftspolitisch aktuelle Themen zu diskutieren: Zum Thema „Ressourcen nutzen – Alleinerziehende im SGB II“ lud die Regionaldirektion Bayern am 15. Juli 2008 Vertreter der relevanten Ministerien, Mitarbeiter aus diversen Grundsicherungsstellen sowie Experten aus sozial-karitativen Einrichtungen und der Sozialforschung ein. Das gemeinsame Ziel: die berufliche und soziale Stärkung alleinerziehender Menschen durch eine abgestimmte Unterstützung aller beteiligten Institutionen. Die komplette Tagungsdokumentation kann bei der Regionaldirektion Bayern unter Bayern.SGBII@arbeitsagentur.de angefordert werden.

*Fachtagungen befördern
aktuelle Themen wie
Alleinerziehende und
beschäftigungsorientiertes
Fallmanagement*

Bereits zum dritten Mal fand die Fallmanagement-Fachtagung statt. „Stärken bündeln – Netzwerke als Erfolgsfaktor im beschäftigungsorientierten Fallmanagement“ war das Motto am 8./9. Oktober 2008 an der Hochschule der BA in Mannheim. Über 400 Mitarbeiter/-innen aus Grundsicherungsstellen und Netzwerkpartner haben durch Fachvorträge, Praxisbeispiele und in zwölf Workshops theoretisch und praktisch erlebt, dass erfolgreiche Kooperation und Netzwerkmanagement wichtige Erfolgsfaktoren für das Fallmanagement und damit die Integration von Menschen mit vielfältigen Vermittlungshemmnissen sind. Die Tagungsdokumentation ist im Intranet der BA sowie im Internet veröffentlicht.

Vier Jahre beschäftigungsorientiertes Fallmanagement – eine Zwischenbilanz

Das beschäftigungsorientierte Fallmanagement (bFM) hat sich als Methode der sozialen und der Arbeitsmarktintegration in den Grundsicherungsstellen etabliert und bewährt. Vor Ort werden unterschiedliche Organisations- und Ausgestaltungsformen praktiziert. Zu diesem Ergebnis kam eine Befragung im Juli 2008 durch das Zentrum für Kunden- und Mitarbeiterbefragungen der BA, an der sich 298 von insgesamt 372 Grundsicherungsstellen beteiligten. Im Einzelnen zeigten sich folgende Ergebnisse:

*Beschäftigungsorientiertes
Fallmanagement: ein
Erfolgsmodell mit vielen
Gesichtern*

Fast alle Grundsicherungsstellen haben das bFM umgesetzt. In 20% der Dienststellen ist die Einführung innerhalb des kommenden Jahres geplant. Das von kommunalen und BA-Mitarbeitern gemeinsam erarbeitete Fachkonzept bietet bei fast 90% die Grundlage für die Umsetzung. Derzeit sind laut Personalmonitoring 4.745 Mitarbeiter mit Fallmanagement-Aufgaben betraut. Immerhin 90% der Grundsicherungsstellen qualifizieren das Personal speziell für diese Aufgabe. Durch die Führungsakademie der BA wurden wegen der hohen Nachfrage weitere Trainer/-innen mit einer Zertifizierung durch die Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management ausgebildet.

Im kommenden Jahr werden Qualitätskriterien und ein Konzept zur Erfolgsmessung erarbeitet. Weiterhin sollen die im Fallmanagement unverzichtbare Netzwerkarbeit professionalisiert und das Fachkonzept weiterentwickelt werden.

Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs

I. Außendienste

Die Grundsicherungsstellen haben zur Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen Außendienste eingerichtet. Sie sollen Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch erkennen und beseitigen. Insbesondere sollen sie überprüfen, ob die Anspruchsvoraussetzungen von Personen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen oder bezogen haben, vorliegen oder vorlagen. Dabei werden Sachverhalte überprüft, die nicht allein aufgrund der Aktenlage beurteilt werden können.

II. Datenabgleich

*Aufdeckung von
Leistungsmissbrauch durch
Datenabgleich*

Im Geschäftsjahr 2008 haben die Arbeitsgemeinschaften und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung aufgrund von Erkenntnissen aus dem automatisierten Datenabgleich nach § 52 SGB II in 19.000 Fällen eine Überzahlung festgestellt. Die Schadenshöhe belief sich auf 10,5 Mio. EUR.

Bei den vorliegenden Zahlen ist zu berücksichtigen, dass nur die Überzahlungen erfasst sind, die von den Grundsicherungsstellen bereits abschließend bearbeitet werden konnten. Die Ergebnisse werden sich daher voraussichtlich für das Jahr 2008 noch deutlich erhöhen.

III. Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

Die Grundsicherungsstellen leiteten im Jahr 2008 198.877 Verfahren wegen des Verdachts einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat ein. Abschließend bearbeitet wurden 180.308 Verfahren (90,7%). 42.869 Fälle wurden wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit an die Zollverwaltung weitergeleitet, in weiteren 14.182 Fällen wurde der Fall mit einem begründeten Straftatverdacht an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Wegen des Vorliegens einer Ordnungswidrigkeit ahndeten die Träger 67.326 Verstöße und setzten dabei Verwarnungs- bzw. Bußgelder in einer Gesamthöhe von 8.583.199 EUR fest.

IV. Sanktionsquote

Wegen pflichtwidrigen Verhaltens sind bis September 2008 insgesamt 507.627 Sanktionen festgestellt worden. Damit wurden im Durchschnitt 2,5% aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion belegt.

Widersprüche und Klagen

2008 wurden im Rechtskreis SGB II rund 788.600 Widersprüche erhoben, 3,2% bzw. ca. 24.700 mehr als im Vorjahreszeitraum. Fast ein Viertel betraf die Anrechnung von Einkommen (22,8%), rund ein Fünftel die Leistungen für Unterkunft und Heizung (18,7%) und ca. ein Zehntel (10,1%) die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Rund 841.900 Widersprüche wurden 2008 abschließend bearbeitet. In 36,5% der Fälle wurde dem Widerspruch ganz oder teilweise stattgegeben. Mehr als die Hälfte der Widersprüche (53,2%) wurde zurückgewiesen.

2008 wurden ca. 132.400 Klagen erhoben, 33,5% mehr als im Vorjahreszeitraum. Dies liegt unter anderem auch an der verstärkten Erledigung von Widersprüchen. So werden aktuell mehr Widersprüche erledigt als eingehen. Hinzu kamen in 2008 rund 31.700 Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz. Fast die Hälfte (48,6%) der in diesem Zeitraum abgeschlossenen Klageverfahren wurden zugunsten der Kläger erledigt. Ein Großteil hiervon ohne Gerichtsurteil durch Anerkenntnis durch die Grundsicherungsstelle. Hinzu kamen rund 31.200 abschließend bearbeitete Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, die in 44,7% zu einem (Teil-)Erfolg für den Antragsteller führten.

Der Zunahme an Widersprüchen und vor allem Klageverfahren wird durch verschiedene Maßnahmen entgegengewirkt. Dies umfasst neben der Fachaufsicht unter anderem mit entsprechenden Hinweisen zu Schwerpunktthemen auch den Bereich der Auskunft und Beratung und die Herstellung von Transparenz im Leistungsverfahren. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Entscheidungspraxis bei Entgegennahme von Anträgen und die Erläuterung von Entscheidungen auf Nachfrage. Auch verschiedene Landesregierungen beteiligen sich hierbei im Rahmen ihrer Aufsicht über die Kommunen. Einen vielversprechenden Ansatz könnte die gerichtsnahen Mediation darstellen, die auf eine effizientere Erledigung und sogar Vermeidung von Klageverfahren abzielt. Bisher wurde das Mediationsverfahren im Rahmen von Modellversuchen in Niedersachsen und Bayern erprobt.

ARBEITSMARKT

Konjunktur und Arbeitsmarkt

*Anhaltende Besserung des
Arbeitsmarktes im
Schatten konjunktureller
Abschwächung*

Der Arbeitsmarkt hat 2008 noch von der guten Konjunktur der Vorjahre profitiert. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm jahresdurchschnittlich noch vermutlich um 1,5% zu, ist aber im Jahresverlauf nach einem starken ersten Quartal saison- und kalenderbereinigt gesunken. Auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich das erst am Jahresende. Im Jahresdurchschnitt sind 2008 die Erwerbstätigkeit und insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter deutlich gestiegen. Der Beschäftigungsaufbau ist auch der Hauptgrund für den kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Zu der guten Entwicklung beigetragen haben außerdem die Arbeitsmarktreformen und das rückläufige Arbeitskräfteangebot.

Erwerbstätigkeit

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Erwerbstätigkeit 2008 im Jahresdurchschnitt um 582.000 oder 1,5% auf 40,35 Mio. erhöht. Der aktuelle Anstieg wird – wie schon in den beiden letzten Jahren – vor allem vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen. Im Juni waren 27,46 Mio. Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 603.000 oder 2,2% mehr als vor einem Jahr. Dabei entfällt mehr als ein Großteil des Beschäftigungsplus auf Vollzeitstellen. Der konjunkturelle Aufschwung hat in allen Ländern und in fast allen Branchen die Beschäftigung steigen lassen. Vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistungen gab es einen kräftigen Anstieg.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in diesem Wirtschaftszweig von Juni 2007 bis Juni 2008 um 6,2% oder 225.000 auf 3,85 Mio. erhöht. Zum Teil beruht dieser Zuwachs auf Arbeitnehmerüberlassung. Die Zahl der Selbstständigen hat sich 2008 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes jahresdurchschnittlich um 14.000 oder 0,3% auf 4,47 Mio. erhöht. Bei den Minijobs gab es 2008 ein weiteres deutliches Plus. Allerdings entfällt der Zuwachs fast allein auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob ausüben. Ihre Zahl ist um 160.000 oder 7,8% auf 2,20 Mio. gestiegen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten blieb im Vorjahresvergleich praktisch unverändert bei 4,88 Mio. In die Erwerbstätigenrechnung gehen allein die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ein, weil die Nebenjobber schon mit ihrer Hauptbeschäftigung gezählt werden. Durch Arbeitsmarktpolitik geförderte Erwerbstätigkeit hat sich in der Summe verringert. Ausschlaggebend dafür war die rückläufige Förderung der Selbstständigkeit, die nach kräftigen Anstiegen von 2003 bis 2005 in den letzten drei Jahren in Folge von Rechtsänderungen deutlich abgenommen hat. Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante, die als Rechtsverhältnis eigener Art in die Erwerbstätigenrechnung eingehen, lagen etwas unter dem Vorjahresniveau. Ihre Zahl hat sich um 10.000 auf 291.000 verringert. In sozialversicherungspflichtigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante waren insgesamt 64.000 Arbeitnehmer beschäftigt, 2.000 mehr als vor einem Jahr.

Arbeitskräfteangebot

Das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland hat nach Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jahresdurchschnittlich weiter leicht abgenommen, und zwar um 76.000 auf 44,38 Mio. Seit der Wiedervereinigung war das Erwerbspersonenpotenzial durchgehend gestiegen. Ab 2006 dominiert der demografische Trend, dass mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge nachrücken und die Erwerbspersonen immer älter werden. Angebotserhöhende Effekte wie zunehmende Erwerbsneigung und Zuwanderung haben das 2006 bis 2008 nicht mehr ausgeglichen.

Demografischer Trend lässt Arbeitskräfteangebot zurückgehen

Arbeitslosigkeit

Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland 3.268.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 508.000 oder 13% weniger als vor einem Jahr. Dies war nach dem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 2006 auf 2007 der zweitstärkste Rückgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Vergleich zum Jahr 2005, als die Arbeitslosigkeit infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ihren bisherigen Höchstwert erreichte, hat sich die Arbeitslosigkeit sogar um 1.593.000 verringert. Maßgeblich für diesen starken Rückgang waren das positive konjunkturelle Umfeld, die Arbeitsmarkt-reformen und der Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Darüber hinaus dürfte auch die intensivere Betreuung von Arbeitslosen sowie die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus eine Rolle gespielt haben.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug im Jahr 2008 7,8%. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 1,2 Prozentpunkte. Die Quote liegt damit deutlich unter dem letzten Tiefstand von 2001 mit damals 9,4%. Die anteilige SGB III-Arbeitslosenquote belief sich jahresdurchschnittlich auf 2,4% und die anteilige SGB II-Arbeitslosenquote auf 5,4%. Die Quoten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr jeweils um 0,6 Prozentpunkte¹.

¹ Neben der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, gibt es noch die Arbeitslosenquote nur bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längste Tradition. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 2008 im Jahresdurchschnitt 8,7% (1,4 Prozentpunkte unter der des Vorjahres).

BA-bekannte Stellen und BA-X

*Rückgang der Kräfte-
nachfrage. Jedoch noch
immer hohes Niveau*

Der Bestand an gemeldeten Stellen hat sich 2008 insgesamt auf hohem Niveau gehalten. Im Jahresdurchschnitt waren 569.000 Stellen (einschließlich geförderter Stellen) gemeldet, 53.000 oder 9 % weniger als vor einem Jahr. Von allen gemeldeten Stellen entfielen jahresdurchschnittlich 358.000 oder 63 % auf ungeforderte Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die besser die Marktentwicklung widerspiegeln¹. Das waren 27.000 oder 7 % weniger als vor einem Jahr. Damit liegt der Stellenbestand immer noch deutlich über den Niveaus der Jahre 2005 und 2006. Der Stellenbestand ist kein monolithischer Block, er schlägt sich relativ schnell um. So gingen im Jahresverlauf 2,65 Mio. Stellen ein, gleichzeitig wurden 2,64 Mio. Stellen abgemeldet. Neben den gemeldeten offenen Stellen kennt die Bundesagentur noch zusätzliche Stellen aus der privaten Arbeitsvermittlung (12.000), aus ihrer JOBBÖRSE (238.000) und dem Job-Roboter (175.000). Nach jüngsten Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im dritten Quartal 2008 bei 998.000 Stellen. Das waren 255.000 weniger als vor einem Jahr. Darunter waren 829.000 Stellenangebote für den 1. Arbeitsmarkt, die im Vorjahresvergleich um 234.000 oder 22 % abgenommen haben. Von allen Stellen waren der Bundesagentur für Arbeit 58 % gemeldet, von den Stellen des 1. Arbeitsmarktes 50 %. Die Meldequoten haben gegenüber dem Vorjahr um 9 bzw. 7 Prozentpunkte zugenommen.

Der BA-Stellenindex (BA-X) misst die Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt. Basierend auf konkreten, bei der BA gemeldeten Stellengesuchen, der Betriebe, fungiert er als Konjunktur-Frühindikator und Maßstab für die tatsächliche Einstellungsbereitschaft in den Unternehmen. Das Stellenbarometer verzeichnete im Jahresverlauf 2008 einen Rückgang um 16 Punkte von Januar bis Dezember. Insbesondere im letzten Quartal 2008 ging die Kräfteachfrage um rund 10 Punkte zurück und signalisiert damit eine nachlassende Dynamik der Nachfrage, wenn gleich auf immer noch hohem Niveau. Im Dezember schloss der BA-X mit 154 Punkten.

Ausbildungsmarkt

*Weniger Bewerber und
mehr gemeldete
Ausbildungsplätze*

*Entspannung am
Ausbildungsmarkt*

Die Bilanz zum Abschluss des Berufsberatungsjahres 2007/2008 am 30. September 2008 zeigte, dass sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt nach den Daten der BA deutlich verbessert hat. Die Anzahl der gemeldeten Bewerber war geringer als im Vorjahr, die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze blieb auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Jugendlichen, die für das bereits begonnene Ausbildungsjahr noch eine Lehrstelle suchen, ist kleiner geworden. Die Betriebe hatten allerdings Probleme, alle Ausbildungsplätze erfolgreich zu besetzen. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag unter dem Vorjahr. Einer der Hauptgründe für die, aus Bewerbersicht, günstigere Lage am Ausbildungsmarkt dürfte das positive konjunkturelle Umfeld und die gute

¹ Geförderte Stellen umfassen Stellen für PSA, ABM, BSI und Arbeitsgelegenheiten. Normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse enthalten zum einen keine geringfügig entlohnte Beschäftigung und zum anderen keine Job-, Saison-, Tele-, Gastarbeiter- und PSA-Stellen sowie besondere Stellen für Haushaltshilfen für Pflegebedürftige.

Auftragslage der Betriebe sein. Außerdem hat die demografische Entwicklung den Ausbildungsmarkt entlastet.

Von Oktober 2007 bis September 2008 sind der Ausbildungsvermittlung insgesamt 511.600 Ausbildungsstellen gemeldet worden, 1.200 oder 0,2% mehr als im Vorjahreszeitraum. Von diesen insgesamt gemeldeten Stellen waren 432.700 betriebliche und 78.900 außerbetriebliche Angebote. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der betrieblichen Stellen um 10.400 (+2,5%) gestiegen. Dabei war die Entwicklung in Ostdeutschland mit einem Zuwachs von 4.000 Stellen (+6%) dynamischer als in Westdeutschland (+6.300, +1,8%). Die gestiegene Zahl von Ausbildungsstellen korrespondiert mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Im Verlauf des Berichtsjahres haben 620.200 Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle eingeschaltet, 113.800 oder 15,5% weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit nimmt die Bewerberzahl das zweite Jahr in Folge sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ab. Die rechnerische Differenz zwischen gemeldeten Ausbildungsstellen und gemeldeten Bewerbern beträgt 108.600. Vor einem Jahr hatte die Differenz bei 223.600 gelegen. 52% der gemeldeten Bewerber hatten sich bereits im Vorjahr oder in früheren Jahren um eine Ausbildungsstelle bemüht.

Am Ende des Berufsberatungsjahres waren 14.500 Bewerber noch unversorgt, 18.200 bzw. 55,7% weniger als vor einem Jahr¹. Damit blieben deutschlandweit nur 2,3% aller Bewerber ohne Lehrstelle oder alternatives Angebot.

Der Anteil der Bewerber, die in eine Ausbildung eingemündet oder darin verblieben sind, lag mit 50% etwas höher als im Vorjahr. 14% der Bewerber haben sich für einen weiteren Schulbesuch oder ein Studium und 7% für eine weitere Qualifizierung (zum Beispiel eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme oder eine Einstiegsqualifizierung) entschieden. Weitere 7% entschieden sich für eine Alternative wie etwa eine Arbeitsstelle, Bundeswehr, Zivildienst bzw. ein Freiwillig Soziales oder Ökologisches Jahr. Von 19% der Jugendlichen lag keine Rückmeldung über ihren Verbleib vor, da sie kein Interesse bzw. keine Reaktion auf die Einladung bzw. Nachfrage der Arbeitsagenturen zeigten.

Die Zahl der Ende September noch unbesetzten Ausbildungsstellen lag mit 19.500 um 1.100 bzw. 6,3% über dem Vorjahreswert.

Die rechnerische Differenz zwischen der Zahl der unversorgten Bewerber (14.500) und der unbesetzten Ausbildungsstellen (19.500) – die so genannte „Lücke“ – beträgt –5.000. Erstmals seit den Beratungsjahren 1999/2000 und 2000/2001, die ebenso wie das abgelaufene Beratungsjahr in eine günstige konjunkturelle Phase fielen, gab es somit am Ende des Beratungsjahres einen Stellenüberhang. Diese gute Bilanz gilt allerdings nur für Westdeutschland. Hier liegt die „Lücke“ bei –6.500. In Ostdeutschland gab es dagegen 1.600 mehr unversorgte Bewerber als unbesetzte Stellen.

Erstmals wieder Stellenüberhang: 5.000 unbesetzte Stellen mehr als unversorgte Bewerber

¹ Aufgrund einer Datenrevision der Daten zum Ausbildungsmarkt ergeben sich leichte Abweichungen bei den Vorjahresdaten gegenüber bisherigen Veröffentlichungen. Detaillierte Informationen hierzu finden Sie unter <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/c.html>.

Vor allem die bisherigen Erfahrungen des Nationalen Paktes für Ausbildung sprechen dafür, dass im so genannten „fünften Quartal“ von Oktober bis Mitte Januar eine große Anzahl der derzeit noch unbesetzten Stellen mit Auszubildenden besetzt werden und im Gegenzug bislang unvermittelte Bewerber einen Ausbildungsplatz oder eine Alternative finden. Zudem hat sich aber auch gezeigt, dass die Nachvermittlungsaktivitäten des Paktes noch in die ersten Monate des neuen Kalenderjahres hineinreichen. Mit dem Ende September 19.500 bei der BA gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätzen und den noch unbesetzten Einstiegsqualifizierungs-Praktikumsstellen stehen Angebote zur Verfügung, um allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder eine Ersatzalternative zu ermöglichen.

Internationale Beziehungen

Europäische Benchmarkprozesse haben die Tätigkeiten von SWA 4 – Internationale Beziehungen – in 2008 maßgeblich geprägt. So wurden Steuerung und Controlling, Skills und leistungsbezogene Themen in den Vordergrund gestellt. Die Schweiz, Großbritannien und Frankreich wurden vor allem als Benchmarkpartner ausgewählt. Umgekehrt stößt der Reformerfolg der BA im Ausland auf hohes Interesse. Vor allem in den Niederlanden und Frankreich, wo Leistungs- und Vermittlungsbehörden zusammengelegt wurden, war die BA gefragter Ansprechpartner.

Mit allen europäischen Partnern hat die BA eine Informationsplattform eingerichtet (www.pesmonitor.eu), die aktuell gehalten wird und umfassend Auskunft über die öffentlichen Arbeitsverwaltungen, deren Ziele und Aufgaben, Entwicklungen und Reformvorhaben gibt.

Die Europavertretung der BA in Brüssel hat ihren Ruf als gefragter Gesprächspartner bei Rat, Kommission und Parlament der EU gefestigt; aktuelle Entwicklungen und Weichenstellungen mit Auswirkungen auf die BA werden frühzeitig erkannt. Die Beiträge der Europavertretung fließen in die strategischen Überlegungen der Zentrale ein.

Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

*Intensivere Bemühungen
um bessere Integrations-
leistungen und verstärkte
Aktivierung und Förderung
von Frauen*

Die Aktivitäten im Bereich Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt orientierten sich an den Entwicklungen am Arbeitsmarkt einerseits und den prognostizierten Bedarfen andererseits. Da Frauen am konjunkturellen Aufschwung bis in das Jahr 2008 hinein weniger stark partizipierten als Männer, wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Integrationsleistungen zu verbessern. Gleichzeitig wurden mit Blick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf der Wirtschaft die Beschäftigungspotenziale von Nichtleistungsempfänger/-innen durch verstärkte Aktivierung und Förderung weiter erschlossen. Hierfür standen auf Initiative des Verwaltungsrates im Eingliederungstitel 2008 zusätzlich 175 Mio. EUR zur Verfügung.

Die Beteiligung von Frauen an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stieg im Rechtskreis des SGB III 2007 auf 44%, die gesetzlich vorgeschriebene Frauen-

förderquote (60,1%) konnte dennoch nicht erreicht werden. Die für 2008 bisher verfügbaren Daten zum Maßnahmeeinsatz lassen erkennen, dass sich bis Ende September das Förderziel (55,7%) und der Frauenanteil an den Geförderten (44,6%) wieder angenähert haben.

Die Anstrengungen zur (Wieder-)Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt auf operativer Seite wurden durch die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) unterstützt: Sie entwickelten Basisangebote zur Information und Beratung von Nichtleistungsempfänger/-innen und Berufsrückkehrer/-innen sowie von Arbeitgeber/-innen für den Einsatz in der Fläche. Darüber hinaus waren die Stäbe CA einbezogen in die Maßnahmeplanung und in die Entwicklung neuer Produkte, insbesondere für Nichtleistungsempfänger/-innen.

Auch die Beteiligung der BA an dem Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zielt darauf ab, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen: Das „Internetportal für Wiedereinsteigerinnen“ auf der Internet-Plattform der BA will ab 2009 regionale Informationen zur Berufsrückkehr verfügbar machen. Die BA ist Kooperationspartner des BMFSFJ bei der Durchführung des ESF-Programms „Perspektive Wiedereinstieg“, mit dem Frauen durch ein Fallmanagement auf persönlicher Ebene während des Prozesses des beruflichen Wiedereinstiegs unterstützt werden. Sie trägt damit zur nationalen Kofinanzierung bei.

Im Juni unterzeichnete die BA das Memorandum zum nationalen Pakt „Frauen in MINT-Berufen“. Sie will als Paktpartner mit dazu beitragen, das Berufswahlspektrum junger Frauen zu erweitern und die Fachkräftelücke zu schließen. Dieses Ziel verfolgt auch das im Rahmen der Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung durchgeführte Projekt „AQUA“. Die BA ist Mitglied im Beirat dieses Projekts, das sich an Ingenieur/-innen richtet, die nach der Familienzeit in den Beruf zurückkehren wollen.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) erforscht den Arbeitsmarkt, um politische Akteure auf der Basis moderner Methoden und gesicherter Forschungsbefunde kompetent zu beraten. Die organisatorische Nähe zur BA sorgt dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse unmittelbar in ihre Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Forschungs- und Publikationsfreiheit garantieren, dass unabhängiger und damit bisweilen auch kritischer Rat erteilt werden kann. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts wurde vom Vorstand und dem Verwaltungsrat der BA 2008 noch einmal explizit durch eine Rahmengesäftsordnung bestätigt.

Forschungs- und Publikationsfreiheit des IAB garantieren, dass unabhängiger und damit bisweilen auch kritischer Rat erteilt werden kann

Im Jahr 2008 verstärkte das IAB die Zusammenarbeit mit Hochschulen und die internationale Kooperation. Die wichtigste Publikation ist das im November 2008 veröffentlichte IAB Handbuch Arbeitsmarkt 2009. Mehr als 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IAB analysieren darin auf 515 Seiten den Arbeitsmarkt in seiner ganzen Breite.

ARBEITSMARKTPOLITISCHE INSTRUMENTE UND SONDERPROGRAMME

Förderung der beruflichen Weiterbildung

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung ist als eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung anzusehen. Dieses Instrument soll dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen den qualifikatorischen Anforderungen bei der Nachfrage nach Arbeitskräften und den bei Arbeitssuchenden vorhandenen Qualifikationen auszugleichen. Die BA leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs.

*Signifikanter Anstieg
der Eintritte in berufliche
Weiterbildungen*

Im Berichtsjahr begannen 251.539 (2007: 201.408) Arbeitnehmer im Rechtskreis SGB III eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl der Eintritte um knapp 25% angestiegen. 8.178 Personen haben eine Qualifizierung bis hin zum vollständigen Berufsabschluss begonnen. Der Durchschnittsbestand lag im Jahr 2008 bei rund 72.653 Weiterbildungsteilnehmern. Einen Schwerpunkt bildeten u. a. die Weiterbildungen im Metallbereich, im Transportwesen und in den Gesundheitsdienstberufen.

*Eingliederungsquote
über 50%*

Die Eingliederungsquote bei der Weiterbildungsförderung bestätigt, dass eine nachhaltige Integration mit dem Einsatz dieses Instrumentes erreicht werden kann. 57% der Teilnehmer im Rechtskreis SGB III waren sechs Monate nach Ende der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

*Ausgaben für berufliche
Weiterbildungen*

Im vergangenen Jahr wurden für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung für Weiterbildungskosten (Lehrgangskosten, Fahrkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung) rund 788,3 Mio. EUR (2007: 619,2 Mio. EUR) aus dem Eingliederungstitel ausgegeben (27,3% des Eingliederungstitels). Hinzukommen rund 738,7 Mio. EUR (2007: 747,6 Mio. EUR) für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung.

Damit ergibt sich für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung eine Summe von 1,53 Mrd. EUR (2007: 1,37 Mrd. EUR) an Gesamtausgabemitteln im Rechtskreis SGB III.

Übergang Schule–Beruf

*Markterschließung für
Berufseinsteiger als
geschäftspolitisches Ziel*

Die BA hat als ein zentrales geschäftspolitisches Ziel die Markterschließung für Berufseinsteiger definiert. Durch geeignete Informations- und Berufswahlunterstützung sowie durch Berufsorientierung soll der Übergang Schule–Beruf für den Jugendlichen erleichtert werden. Berufsberatung trägt zur Verbesserung des Informationsstandes, der Selbsteinschätzung, zur Entwicklung tragfähiger und realistischer Handlungsperspektiven und -strategien sowie zur Unterstützung bei der Realisierung dieser Strategien bei.

*Flächeneinführung
weitgehend abgeschlossen*

Die Überarbeitung der Prozesse in der Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung dienen dazu, sie weiter zu systematisieren und zu strukturieren und sie mit validen und überprüfbaren Qualitätsstandards zu versehen.

Nach der erfolgreichen Erprobung der Neuausrichtung der Berufsberatung und der Einführung der Handlungsprogramme Ausbildungsvermittlung wurde seit Mitte 2007 die Neukonzeption in über 150 Agenturen für Arbeit eingeführt.

Präventive Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung nach § 33 Satz 3 bis 5 SGB III, die frühzeitig bereits in den Vorabgangsklassen ansetzen, förderte die BA 2008 mit 50,7 Mio. EUR. Diese Maßnahmen, die auch zielgruppenspezifische Bedarfe, z. B. die von Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigen, bedürfen einer mindestens 50%-igen Kofinanzierung durch Dritte (insbesondere der Länder). Die BA will damit Impulse setzen, um die Länder hier in ihren Bemühungen zu unterstützen. Insbesondere sollen Initiativen auf den Weg gebracht werden, um für leistungsschwächere Schüler den Übergang in Ausbildung erfolgreicher als in der Vergangenheit zu gestalten. Damit sollen auch benachteiligte und leistungsschwächere junge Menschen gezielt an Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit herangeführt werden.

Das Medienportfolio für Schülerinnen und Schüler in den Sekundarstufen I und II wurde komplett überarbeitet. Für den Sekundarbereich I wurde die Produktfamilie planet-beruf.de (in der Nachfolge von „Mach's Richtig“) eingeführt. Im Mittelpunkt steht ein neu entwickeltes berufliches Selbsterkundungsprogramm, das „BERUFE-Universum“. Leitmedium zur Information über Studien-, Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten für die Sekundarstufe II ist das neue Internetportal www.abi.de. Parallel zum Internetauftritt wurde das abi-Berufswahlmagazin überarbeitet.

*Medienportfolio für
Sekundarstufen I und II
komplett überarbeitet*

Im Rahmen des Netzwerks Wege ins Studium unterstützt die BA die Bestrebungen der Bundesregierung, die – im internationalen Vergleich relativ geringe – Studierquote von Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit einer Hochschulzugangsberechtigung zu erhöhen, um den akademischen Fachkräftebedarf mittel- und langfristig zu sichern. Vom 3. bis 7. November 2008 fand unter dem Motto „Start ins Studium!“ eine Woche der Orientierung mit bundesweit mehreren hundert Veranstaltungen statt, die gezielt auf die individuellen Perspektiven mit einem Hochschulabschluss aufmerksam machen sollen. Die BA unterstützte die Kampagne mit rund 1 Mio. EUR.

*Netzwerk Wege ins
Studium zeigt Chancen für
Akademiker/-innen auf*

Besonderes Augenmerk richtet die BA auf die stärkere Hinwendung von Schulabgänger/-innen auf sogenannte MINT-Berufe (**M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften, **T**echnik). Dies geschieht sowohl im Rahmen der neuen Medienproduktion als auch in der individuellen Beratung unter Berücksichtigung der Eignung und Neigung des Jugendlichen.

*Attraktivität von MINT-
Berufen erhöhen*

Der Ausbildungsmarkt 2007/2008 zeigt trotz weiterhin bestehender regionaler und struktureller Unterschiede deutliche Entspannungstendenzen. Am 30. September 2008 standen 14.500 bei der BA gemeldeten unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern noch 19.500 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Im Rahmen der gemeinsamen Nachvermittlung von BA und Wirtschaftsverbänden werden den unversorgten Jugendlichen weitere Angebote für betriebliche Ausbildung, außerbetriebliche Ausbildung, Einstiegsqualifizierung oder berufsvorbereitende Maßnahmen gemacht. Der Arbeitgeber-Service der BA, in

*Ausbildungsmarkt zeigt
Besserungstendenzen*

den die Ausbildungsvermittlung inzwischen voll integriert ist, spielt hierbei eine wichtige Rolle.

*Bereitstellung zusätzlicher
Qualifizierungsangebote
durch die BA*

Neben dem verstärkten Engagement der BA im Bereich der vertieften Berufsorientierung hat die BA in erheblichem Umfang zusätzliche Angebote bereitgestellt, um junge Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung zu unterstützen. Im Jahr 2008 wurden hierfür (ohne die Ausgaben für behinderte Menschen) insgesamt 2.099,0 Mio. EUR verausgabt; davon SGB II: 389,6 Mio. EUR (2007: 1.928,2 Mio. EUR; davon SGB II: 279,3 Mio. EUR).

So nahmen im Berufsberatungsjahr 2007/2008 (Oktober 2007 bis September 2008) 105.496 Ratsuchende an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (ohne spezielle Maßnahmen für behinderte Menschen) teil. Die Ausgaben betrugen im Jahr 2008 insgesamt 513 Mio. EUR, davon 337 Mio. EUR für Lehrgangskosten und 176 Mio. EUR für Berufsausbildungsbeihilfe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (2007: insgesamt 533,5 Mio. EUR, davon 347,4 Mio. EUR für Lehrgangskosten und 186,1 Mio. EUR für Berufsausbildungsbeihilfe).

Die Eingliederungsquote der im Jahr 2007 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrug 52,2% (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 44,7%).

Im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung wurden im letzten Berufsberatungsjahr insgesamt 34.894 junge Menschen gefördert; davon 7.851 Personen aus dem Rechtskreis SGB II. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 2008 auf insgesamt 72 Mio. EUR (SGB II: 13 Mio. EUR). (2007: insgesamt 79,0 Mio. EUR, SGB II: 1,2 Mio. EUR.)

Die Eingliederungsquote der im Jahr 2007 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrug 68,7% (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 58,5%).

Eine Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen begannen im Beratungsjahr 2007/2008 insgesamt 43.225 Personen, davon 16.527 Personen aus dem Rechtskreis SGB II. Im Jahr 2008 wurden für diese Leistung 978 Mio. EUR verausgabt; davon im Rechtskreis SGB III 639 Mio. EUR sowie im Rechtskreis SGB II 339 Mio. EUR (2007: insgesamt 852,7 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB II 250,5 Mio. EUR). Die Eingliederungsquote der im Jahr 2007 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrug 34,5% (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 13,4%).

Zur Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen und Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen wurden während einer betrieblichen Ausbildung im Beratungsjahr 65.785 Personen, davon 4.589 Personen aus dem Rechtskreis SGB II, mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt. Der finanzielle Aufwand belief sich 2008 auf 104 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB III 95 Mio. EUR sowie im Rechtskreis SGB II 9 Mio. EUR (2007: insgesamt 113,6 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB II 11,4 Mio. EUR). Die Eingliederungsquote der im Jahr 2007 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrug 78,6% (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 45,0%).

Im Rahmen des neu eingeführten § 421r SGB III wurde im Jahr 2008 Arbeitgebern ein Ausbildungsbonus für die zusätzliche Ausbildung insbesondere von Jugendlichen, die bereits im Vorjahr einen Ausbildungsplatz gesucht haben, bewilligt. Der Ausbildungsbonus wurde für insgesamt 11.513 Fälle bewilligt, die Ausgaben dafür betragen im Jahr 2008 insgesamt 10,5 Mio. EUR.

Europäischer Sozialfonds (ESF)

Die BA förderte auch 2008 Maßnahmen aus Mitteln des ESF in Höhe von 37 Mio. EUR. Die Förderung im Rahmen der alten Förderperiode 2000–2006 ist zum 30. Juni 2008 bzw. 30. September 2008 ausgelaufen. Die neuen Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sehen eine deutliche Reduzierung der bisherigen Förderinstrumente, die durch die BA durchgeführt werden, vor. In der neuen Förderperiode 2007–2013 werden ausschließlich Qualifizierungsmaßnahmen von Transferkurzarbeitergeldbeziehern sowie Beziehern von konjunkturellem Kurzarbeitergeld und Saison-Kurzarbeitergeld über die BA gefördert.

*Neue Förderperiode
ab 2009*

Europäischer Globalisierungsfonds (EGF)

Durch die Verwaltungsvereinbarung vom 11. Juli 2007 wurde die BA mit der Umsetzung des EGF durch das BMAS für den Zeitraum 2007–2013 beauftragt. Seit Beginn der Förderperiode konnten durch die BA ca. 22 Mio. EUR, davon ca. 10 Mio. EUR aus Mitteln des Europäischen Globalisierungsfonds, eingesetzt werden. Der erste EGF-Förderfall Deutschland betraf die Arbeitnehmer des Unternehmens BenQ Mobile an den Standorten München und Kamp-Lintfort (Bocholt).

*Umsetzung des EGF durch
die BA*

Der EGF kann mit ergänzenden oder aufstockenden Leistungen die Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitnehmern unterstützen.

Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben

Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt als Rehabilitationsträger überwiegend junge behinderte Menschen bei der erstmaligen Eingliederung in das Erwerbsleben. Von den im Jahr 2008 insgesamt 67.978 (2007: 68.413) in die Betreuung übernommenen Rehabilitanden sind wie im Vorjahr rund 68% dem Bereich der Ersteingliederung zuzuordnen.

*Schwerpunkt: Berufliche
Ersteingliederung*

Die Bundesagentur für Arbeit intensiviert die Begleitung beim Übergang Schule–Beruf. Sie bietet durch ihre speziell geschulten Berater bereits in den Schulen berufliche Orientierung und individuelle Beratung an. In Kooperation mit Dritten wird das Dienstleistungsangebot durch vertiefte Berufsorientierung ergänzt. Seit 2008 werden insbesondere die Lehrer in den Förderschulen bei der Einschätzung des individuellen Unterstützungsbedarfs systematisch eingebunden. Berufseinstiegsbegleiter werden in 100 Förderschulen behinderte Jugendliche in den beiden

*Dienstleistung an
der Schwelle zum
Berufsleben*

letzten Schulklassen und bei der Suche nach einer Ausbildung begleiten, verstärkt mit dem Ziel, eine betriebliche Ausbildung zu realisieren.

Vorrangiges Ziel ist es, behinderten Jugendlichen als Basis für eine Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt eine fundierte Ausbildung mit intensiven betrieblichen Phasen zu ermöglichen. Die BA forciert daher am individuellen Förderbedarf des Betroffenen ausgerichtete modulare, flexible und arbeitsmarkt-/betriebsnahe Fördermöglichkeiten, soweit sich eine betriebliche Ausbildung nicht oder noch nicht realisieren lässt.

Im Jahresdurchschnitt 2008 besuchten insgesamt 96.218 behinderte Menschen mit dem Ziel der beruflichen Ersteingliederung (2007: 93.597) eine berufsfördernde Maßnahme, davon 42.650 (2007: 41.765) mit dem Ziel eines Berufsabschlusses. Weitere 17.670 Jugendliche (2007: 15.866) befanden sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen bzw. in Maßnahmen zur Eignungsabklärung.

*Förderung der
Wiedereingliederung*

Im Rahmen der beruflichen Wiedereingliederung wurden im Jahresdurchschnitt 2008 13.244 behinderte Menschen (2007: 13.992) in Weiterbildungsmaßnahmen qualifiziert. 202 Teilnehmer (2007: 310) wurden jahresdurchschnittlich über Trainingsmaßnahmen und Maßnahmen zur Eignungsfeststellung auf einen neuen Arbeitsplatz vorbereitet.

*Werkstatt für behinderte
Menschen und Alternativen*

Im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) wurden im Jahresdurchschnitt 2008 insgesamt 27.336 Personen (2007: 26.952) gefördert. Es handelt sich hierbei um behinderte Personen, die aufgrund ihres Leistungsvermögens nicht bzw. noch nicht für eine Tätigkeit unter den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes in Frage kommen.

Die ab 2009 gesetzlich vorgesehene Förderung „Unterstützte Beschäftigung“ bietet behinderten Menschen für die Beschäftigungsfähigkeit im Grenzbereich des allgemeinen Arbeitsmarktes eine betrieblich orientierte Qualifizierung. Zur besseren Abgrenzung der Leistungsfähigkeit und in Vorbereitung „Unterstützter Beschäftigung“ hat die BA eine gezielt hierauf ausgerichtete Diagnosemaßnahme konzipiert. Ziel ist es, durch eine individuelle praxisorientierte Eignungsabklärung realistische und belastbare Aussagen zu der Frage zu erlangen, ob eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt realisierbar oder ob die WfbM die notwendige Einrichtung zur Teilhabe am Arbeitsleben ist. Die ersten Teilnehmer konnten Mitte 2008 beginnen, insgesamt stehen in den nächsten zwei Jahren rund 2.400 Plätze zur Verfügung.

Finanzieller Einsatz

Die BA ist als Rehabilitationsträger auch für erwerbsfähige Hilfebedürftige aus dem Rechtskreis SGB II zuständig; die im Haushalt der BA bereitgestellten Fördermittel werden auch für diesen Personenkreis in Anspruch genommen. Bei Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung und in Werkstätten für behinderte Menschen ist grundsätzlich von der Leistungsverpflichtung der BA für beide Rechtskreise auszugehen. Im Bereich der Wiedereingliederung besteht in der Regel eine originäre Leistungsverpflichtung der Träger der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige in ihrer Zuständigkeit.

Die BA hat im Jahr 2008 aus dem Budget SGB III für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 2,30 Mrd. EUR (2007: 2,17 Mrd. EUR) investiert. Die Ausgaben im Bereich SGB II für Reha-Leistungen lagen 2008 bei 109 Mio. EUR (2007: 105 Mio. EUR).

Für die besondere Förderung schwerbehinderter Menschen – vorrangig Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber bei Einstellung eines schwerbehinderten Menschen – wurden für Personen aus dem Rechtskreis SGB III insgesamt 122 Mio. EUR (2007: 117 Mio. EUR), für Personen im Rechtskreis SGB II 36 Mio. EUR (2007: 27 Mio. EUR) aufgewendet.

Sonderprogramm „WeGebAU“

Intention des 2006 gestarteten Sonderprogramms ist es, eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und beschäftigten Älteren insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen zu geben und damit das Bewusstsein für die Herausforderungen des lebenslangen Lernens bei allen Beteiligten zu stärken. Durch die Teilnahme an einer Weiterbildung sollen Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit erhalten bzw. erweitert werden, um Beschäftigungsperspektiven zu sichern. Gleichzeitig kann durch die Qualifizierung auch ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs geleistet werden.

Weiterbildung Geringqualifizierter und Älterer

Im Jahr 2008 sind mit einem Ausgabevolumen in Höhe von 167 Mio. EUR insgesamt 57.757 Förderungen erfolgt. Davon waren 9.792 Ältere ab 45 Jahren in Betrieben mit weniger als 250 Arbeitnehmern. 21.147 Geringqualifizierte wurden mit Weiterbildungskosten nach § 77 Abs. 2 SGB III gefördert. Für 26.818 Arbeitnehmer erhielten Arbeitgeber den Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ) gem. § 235c SGB III.

Durch die Änderung des § 417 Abs. 1 SGB III, in dem die Altersgrenze auf ab 45-Jährige herabgesetzt wurde, konnten knapp 4.717 Personen mehr mit Weiterbildungskosten gefördert werden.

Mehr Förderung von Älteren

Im Verwaltungsrat besteht darüber Einigkeit, das von ihm initiierte Programm WeGebAU auch im Jahr 2009 als Sonderprogramm weiter zu führen.

Kurzarbeit

Arbeitnehmern wird konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach §§ 169 ff. SGB III gezahlt, wenn im Betrieb ein unvermeidbarer, vorübergehender Arbeitsausfall eintritt, der auf wirtschaftlichen Ursachen oder unabwendbaren Ereignissen beruht. Das Kurzarbeitergeld ist ein teilweiser Lohnersatz und soll dazu beitragen, den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze und dem Betrieb die eingearbeiteten Mitarbeiter zu erhalten.

Kurzarbeitergeld wird an Arbeitnehmer gewährt und soll diesen die Arbeitsplätze und dem Betrieb die eingearbeiteten Mitarbeiter erhalten

Im gleitenden Jahresdurchschnitt (Stand 30.09.2008) arbeiteten 45.675 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kurz (2007: 38.582). Die Zahl der betroffenen

Betriebe veränderte sich von 4.217 auf 4.589. Die Ausgaben für konjunkturelle Kurzarbeit betragen im Jahr 2008 110 Mio. EUR (2007: 80 Mio. EUR).

In Westdeutschland arbeiteten im Jahresdurchschnitt (Stand 30. September) 36.866 Arbeitnehmer in 3.557 Betrieben verkürzt (2007: 30.942 Arbeitnehmer in 3.302 Betrieben). In Ostdeutschland betrug die Zahl der Kurzarbeiter 8.809 (Vorjahr: 7.640); durchschnittlich arbeiteten 1.033 Betriebe verkürzt (914 im Jahr 2007). Infolge der konjunkturellen Entwicklung ist Ende 2008 eine stark gestiegene Inanspruchnahme zu verzeichnen gewesen.

In den vorstehenden Zahlen zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Betrieben sind auch die Kurzarbeiter in betriebsorganisatorischen Einheiten (beE) enthalten, die das Transferkurzarbeitergeld nach § 216 b SGB III bezogen haben. Die Ausgaben dafür beliefen sich im Jahr 2008 auf 131 Mio. EUR (2007: 184 Mio. EUR).

Winterbau/Saison-Kurzarbeitergeld

Die Einführung des Saison-Kurzarbeitergeldes trägt zur Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Bauwirtschaft bei und entlastet die Beitragszahler um 321 Mio. EUR

Mit dem Saison-Kurzarbeitergeld wurde in der Schlechtwetterperiode 2006/2007 das Winterausfallgeld abgelöst. Da Saison-Kurzarbeitergeld bereits ab der 1. Ausfallstunde gezahlt werden kann, wird die Ausfallstunde für den Bau-Arbeitgeber nahezu kostenneutral (ihm werden die von ihm allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge, die auf die Ausfallzeiten entfallen, in voller Höhe – umlagefinanziert – erstattet).

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erhalten gewerbliche Bauarbeitnehmer steuer- und sozialversicherungsfrei Mehraufwands-Wintergeld und Zuschuss-Wintergeld.

Die im Auftrag des BMAS durchgeführte Evaluation ergab, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft im Winter 2006/2007 die Beitragszahler um ca. 321 Mio. EUR entlastet haben dürfte.

Im Jahr 2008 wurden 228.409 Leistungsanträge (Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen) für 1.712.646 Arbeitnehmer abgerechnet.

Für das beitragsfinanzierte Saison-Kurzarbeitergeld wurden 2008 insgesamt 177 Mio. EUR (2007: 159 Mio. EUR) aufgewendet. Die umlagefinanzierten Ausgaben für Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld, Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an Arbeitgeber betragen 267 Mio. EUR (2007: 253 Mio. EUR).

Die Einnahmen aus der Winterbeschäftigungs-Umlage beliefen sich im Jahr 2008 auf 301 Mio. EUR (Vorjahr 297 Mio. EUR).

Altersteilzeit

Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz werden den Arbeitgebern für Arbeitnehmer gewährt, die das 55. Lebensjahr vollendet und mit dem Arbeitgeber Altersteilzeit vereinbart haben. Förderleistungen der Arbeitslosenversicherung können für die Zeit ab dem 1. Januar 2010 nur noch erbracht werden, wenn die Altersteilzeit vor diesem Zeitpunkt begonnen hat. Altersteilzeitvereinbarungen, die nach dem 31. Dezember 2009 vereinbart werden, sind zwar rechtlich möglich, können aber nicht mehr durch die BA gefördert werden. Im Berichtsjahr wurden bundesweit rund 46.000 Anträge auf Anerkennung der Fördervoraussetzungen bewilligt (2007 insgesamt: 50.960). Am 31. Dezember 2008 nahmen rund 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geförderte Altersteilzeitarbeit in Anspruch (am 31. Dezember 2007 waren es noch rund 105.300). In rund 36.400 Fällen besetzten arbeitslose Arbeitnehmer und in rund 56.500 Fällen Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung die freigemachten Arbeitsplätze. In den restlichen Fällen (rund 7.100) stellten Kleinunternehmen einen Auszubildenden ein bzw. wurden Bezieher von Arbeitslosengeld II als Wiederbesetzer beschäftigt.

Die BA hat die Altersteilzeitarbeit im Jahr 2008 mit 1,34 Mrd. EUR gefördert (2007 insgesamt: 1,38 Mrd. EUR). Hiervon entfielen auf Ostdeutschland 174 Mio. EUR (2007: 170 Mio. EUR).

Altersteilzeit mit Beginn nach dem 31. Dezember 2009 kann nicht mehr durch die BA gefördert werden

LOHNERSTAZLEISTUNGEN

Arbeitslosengeld/Teilarbeitslosengeld

Für Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld wendet die BA 2008 13,86 Mrd. EUR auf

Für Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld (einschließlich Erstattungen an ausländische Versicherungsträger) hat die BA im Jahr 2008 13,86 Mrd. EUR (2007: 16,93 Mrd. EUR) aufgewendet. Im Gesamtbetrag sind 2,31 Mrd. EUR für Krankenversicherungsbeiträge, 3,18 Mrd. EUR für Rentenversicherungsbeiträge und 0,28 Mrd. EUR für Pflegeversicherungsbeiträge enthalten.

Im Berichtsjahr betrug der durchschnittliche monatliche Anspruch (ohne Sozialversicherungsbeiträge) für einen Arbeitslosengeld-Empfänger 733 EUR (2007: 750 EUR).

Freiwillige Weiterversicherung

Pflegende Angehörige, selbstständig Tätige und Auslandsbeschäftigte (außerhalb der EU) können sich in der Arbeitslosenversicherung freiwillig weiterversichern. Zeiten der freiwilligen Weiterversicherung begründen eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld.

Insgesamt wurden rund 71.200 Anträge (Vorjahr: 75.200) bewilligt; die Beitragseinnahmen beliefen sich auf rund 31 Mio. EUR (Vorjahr: 30 Mio. EUR).¹

Insolvenzgeld

Insolvenzgeld wird in Höhe der rückständigen Nettoentgelte gewährt

Die Insolvenzausfallversicherung sichert die rückständigen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer, die auf die letzten drei Monate des Arbeitsverhältnisses vor dem Insolvenzereignis entfallen. Insolvenzereignis ist meist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers oder aber die Abweisung des Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse. Insolvenzgeld wird in Höhe der rückständigen Nettoentgelte (unter Berücksichtigung einer monatlichen Leistungsbemessungsgrenze) gewährt. Darüber hinaus entrichtet die Agentur für Arbeit die auf den genannten Zeitraum entfallenden rückständigen Gesamtsozialversicherungsbeiträge an die zuständige Einzugsstelle (Krankenkasse).

Die Ausgaben für Insolvenzgeld betragen im Jahr 2008 insgesamt 654 Mio. EUR (2007 insgesamt: 697 Mio. EUR). Auf Ostdeutschland entfielen 124 Mio. EUR (2007: 120 Mio. EUR).

¹ Hinweise zu den Ausgaben liegen noch nicht vor.

Sperrzeiten

Sperrzeiten treten ein, wenn sich SGB III-Kunden versicherungswidrig verhalten. Im Berichtsjahr sind insgesamt 741.115 Sperrzeiten (2007: 639.222) festgestellt worden, hiervon 181.824 (2007: 170.654) wegen Arbeitsaufgabe oder vertragswidrigen Verhaltens und 27.409 (2007: 23.107) wegen Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung, einer Bildungsmaßnahme oder wegen eines Maßnahmeabbruchs und 213.129 (2007: 185.284) wegen eines Meldeversäumnisses. Wegen unzureichender Eigenbemühungen sind 10.507 (2007: 9.427) und wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung 294.015 (2007: 239.459) Sperrzeiten eingetreten. Während der Sperrzeiten wurde das Arbeitslosengeld nicht ausgezahlt. Die Anspruchsdauer verminderte sich um die Tage der Sperrzeit, bei 12-wöchiger Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe mindestens um ein Viertel der Anspruchsdauer. Darüber hinaus erlosch in weiteren 6.625 Fällen (2007: 4.726) der Anspruch auf Leistungen, weil Arbeitsuchende Anlass für den Eintritt von Sperrzeiten mit einer Dauer von insgesamt mindestens 21 Wochen gegeben hatten.

*Es treten insgesamt
741.115 Sperrzeiten ein*

Widersprüche und Klagen¹

Die Zahl der erhobenen Widersprüche gegen Entscheidungen der Dienststellen der BA hat sich im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr verringert. Sie betrug ca. 327.507 (Vorjahr 331.057).

Die Zahl der erhobenen Klagen vor den Sozialgerichten ging leicht zurück auf 28.268 (Vorjahr 31.000). In ca. 90% der Fälle blieben Widerspruchsbescheide unangefochten.

Die Zahl der unerledigten Klagen am Jahresende betrug 43.330.

Die Zahl der Berufungen vor den Landessozialgerichten betrug rund 2.599 (Vorjahr 3.115) und ist um ca. 17% zurückgegangen.

Die Gesamtzahl der neu anhängigen Verfahren vor dem Bundessozialgericht unter Beteiligung der BA (Revisionen, Beiladungen, Nichtzulassungsbeschwerden) blieb mit ca. 395 Verfahren (Vorjahr 390) nahezu unverändert.

¹ Angelegenheiten nach dem Sozialgerichtsgesetz, Bereich SGB III.

ANHANG

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen	53
Eckdaten zum Arbeitsmarkt	57
Haushalt der BA	57
Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente	58
Arbeitsmarkt schafft auch 2008 günstige finanzielle Rahmenbedingungen	58
Arbeitslosigkeit und aktive Arbeitsförderung von Frauen	59
Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung	60
Personalstatistik	61
Vorstand der Bundesagentur für Arbeit	62
Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit	63

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 in EUR

	Haushaltssoll 2008	Istergebnis 2008	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
I. Einnahmen im Haushalt der BA	38.146.340.000,00	38.289.175.761,85	142.835.761,85
Beiträge	26.375.000.000,00	26.451.742.346,85	76.742.346,85
Beteiligung des Bundes an der Arbeitsförderung	7.583.000.000,00	7.583.000.000,00	0,00
Verwaltungskostenerstattung SGB II	2.096.000.000,00	2.261.604.138,80	165.604.138,80
Sonstige Einnahmen	2.092.340.000,00	1.992.829.276,20	- 99.510.723,80
Winterbeschäftigungs-Umlage	305.000.000,00	300.614.183,37	- 4.385.816,63
Insolvenzgeld-Umlage	890.000.000,00	673.473.542,19	- 216.526.457,81
Europäischer Sozialfonds (ESF)	25.000.000,00	- 151.470.906,06	- 176.470.906,06
Verwaltungskostenerstattungen	220.140.000,00	224.336.562,02	4.196.562,02
Mittel aus dem Ausgleichsfonds	110.000.000,00	130.201.534,70	20.201.534,70
Erträge aus der Rücklage	410.000.000,00	670.219.250,74	260.219.250,74
Verwaltungseinnahmen und sonstige Erstattungen	132.200.000,00	145.455.109,24	13.255.109,24
davon ab: Summe der Ausgaben (Summe IV)	43.115.270.000,00	39.407.011.587,22	- 3.610.915.949,51
Finanzierungssaldo	- 4.968.930.000,00	- 1.117.835.825,37	3.753.751.711,36
Ausgleich des Finanzierungssaldos durch Entnahme aus der Rücklage		1.117.835.825,37	
II. Einnahmen des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen¹		35.480.012.238,90	
1. Bund ¹		35.454.972.171,73	
2. Länder		12.574.332,20	
3. Sonstige Stellen		12.465.734,97	
Summe der Ausgaben für andere Haushalte und Stellen		35.480.012.238,90	
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)		0,00	
III. Gesamteinnahmen (Summe I und II)		73.769.188.000,75	
Gesamtausgaben (Summe VI)¹		74.887.023.826,12	
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)		- 1.117.835.825,37	
IV. Ausgaben aus dem Haushalt der BA	43.115.270.000,00	39.407.011.587,22	- 3.610.915.949,51
1. Eingliederungstitel gemäß § 71b SGB IV	3.558.200.000,00	2.889.299.425,80	- 668.900.574,20
Wirkungsorientiert geplantes Budget		2.677.241.672,70	
Integrationsorientierte Instrumente		1.713.609.061,55	
Teilnahmekosten berufliche Weiterbildung		668.139.598,25	
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen		159.091.555,10	
Eingliederungszuschüsse		488.311.092,81	
Personal-Service-Agenturen (PSA)		7.653.541,81	
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung		28.258.743,41	
Sonstige integrationsorientierte Instrumente		362.154.530,17	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung		8.069.632,71	
Sozialpädagogische Begleitung		382.532,71	

¹ Ausgaben für Kindergeld sind nicht enthalten, soweit diese durch die Familienkassen zu Lasten der Einnahmestruktur Kap. 6001 Tit. 011 01 – Lohnsteuer – geleistet wurden. Im Jahr 2008 beliefen sich die Ausgaben auf 28.468.210.458,96 EUR.

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 in EUR

	Haushaltssoll 2008	Istergebnis 2008	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche		0,00	
Einstiegsqualifizierung		50.618.933,51	
Beauftragung mit Eingliederungsmaßnahmen		11.583.621,44	
Beschäftigung begleitende Eingliederungshilfen		0,00	
Unterstützung der Beratung und Vermittlung		74.221.591,08	
Mobilitätshilfen		140.066.603,37	
Einstellungszuschüsse bei Neugründungen		22.446.640,76	
Einstellungszuschüsse bei Vertretung		3.938.306,91	
Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter		2.972.264,48	
Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen		- 141.060,00	
Förderung des Jugendwohnheimbaus		0,00	
Freie Förderung nach § 10 SGB III		48.940.812,05	
Unterhaltsgeld		-945.348,85	
Integrationsfortschrittsorientierte Instrumente		177.153.399,62	
Ganzheitliche Integrationsleistung für Betreuungskunden		87.535.156,53	
Integrationsfortschrittsprogramm 2007		89.618.243,09	
Marktersatz		49.572.765,54	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)		39.781.516,74	
Infrastrukturförderung		- 10.066,46	
Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)		9.801.315,26	
Benachteiligtenförderung		736.906.445,99	
Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen		639.192.329,96	
Ausbildungsbegleitende Hilfen		94.723.919,08	
Sozialpäd. Begleitung, Ausbildungsmanagement		299.459,32	
Sonstige Leistungen		2.690.737,63	
Sonderprogramme		212.057.753,10	
Präventive Sondermaßnahmen für Jugendliche		45.408.673,63	
Weiterbildung Geringqualifizierter und be- schäftigter Älterer in Unternehmen (WeGebAU)		166.649.079,47	
2. Weitere Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	8.694.600.000,00	7.851.982.299,68	- 726.325.923,84
Förderung der Berufsausbildung	932.000.000,00	859.887.379,62	- 82.652.303,35
Berufsausbildungsbeihilfe	567.000.000,00	512.138.365,41	- 54.861.634,59
Teilnahmekosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	365.000.000,00	337.209.331,24	- 27.790.668,76
Ausbildungsbonus	0,00	10.539.682,97	10.539.682,97
Teilh. behinderter Menschen am Arbeitsleben/SB-Förd.	2.560.300.000,00	2.419.330.469,09	- 140.969.530,91
Pflichtleistungen zur Förderung der Teilhabe	2.340.700.000,00	2.240.602.074,93	- 100.097.925,07
Kannleistungen zur Förderung der Teilhabe	74.200.000,00	56.473.601,84	- 17.726.398,16
Leistungen für schwerbehinderte Menschen	145.400.000,00	122.254.792,32	- 23.145.207,68

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 in EUR

	Haushaltssoll 2008	Istergebnis 2008	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
Förderung der beruflichen Selbstständigkeit	1.775.000.000,00	1.638.872.650,17	- 136.127.349,83
Existenzgründungszuschüsse	210.000.000,00	144.976.954,11	- 65.023.045,89
Gründungszuschuss	1.565.000.000,00	1.493.895.696,06	- 71.104.303,94
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	793.000.000,00	738.749.449,67	- 54.250.550,33
Sonstige Leistungen	2.634.300.000,00	2.195.142.351,13	- 312.326.189,42
Eingliederungsgutscheine	135.000.000,00	8.168.540,55	- 126.831.459,45
Kurzarbeitergeld sowie Saison-Kurzarbeitergeld	335.000.000,00	287.275.660,80	- 47.724.339,20
Erstattung der SV-Beiträge bei Saison-Kug	131.000.000,00	125.984.515,95	- 5.015.484,05
Transferkurzarbeitergeld	200.000.000,00	131.231.925,45	- 68.768.074,55
Winterbauförderung (umlagefinanziert)	106.750.000,00	140.656.198,38	33.906.198,38
Winterbauförderung (beitragsfinanziert)	1.500.000,00	11.439,37	- 1.488.560,63
Europäischer Sozialfonds (ESF)	60.000.000,00	36.789.404,73	- 23.210.595,27
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer	72.800.000,00	57.015.839,74	- 15.784.160,26
Förderung von Transfermaßnahmen	15.000.000,00	13.348.998,07	- 1.651.001,93
Altersteilzeit	1.500.000.000,00	1.344.754.589,52	- 155.245.410,48
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (Pflicht)	500.000,00	124.560,73	- 375.439,27
Vermittlungsgutscheine	72.000.000,00	49.397.934,91	- 22.602.065,09
Institutionelle Förderung	4.000.000,00	399.704,43	- 3.600.295,57
Sonstige Ausgaben	750.000,00	- 16.961,50	- 766.961,50
3. Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers, Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag	21.925.300.000,00	19.691.726.508,06	- 2.233.573.491,94
Eingliederungsbeitrag	5.000.000.000,00	5.000.000.000,00	0,00
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung	190.000.000,00	173.536.467,12	- 16.463.532,88
Arbeitslosengeld/Erstatt. an ausl. Vers.-Träger	15.905.300.000,00	13.864.394.172,61	- 2.040.905.827,39
Insolvenzgeld	830.000.000,00	653.795.868,33	- 176.204.131,67
4. Verwaltungsausgaben und Beitragseinzug	4.477.020.000,00	4.494.904.040,47	17.884.040,47
Einzugskostenvergütung	482.700.000,00	482.327.836,36	- 372.163,64
Verwaltungsausgaben der BA für SGB III	3.994.320.000,00	4.012.576.204,11	18.256.204,11
Personalausgaben	2.955.680.000,00	3.199.582.559,78	243.902.559,78
Sonstige Verwaltungsausgaben	1.038.640.000,00	812.993.644,33	- 225.646.355,67
5. Verwaltungsausgaben der BA im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	1.960.150.000,00	1.979.099.313,21	18.949.313,21
dar.: Ausgaben für überörtliche Aufgaben (üKo)	104.000.000,00	95.967.532,24	- 8.032.467,76
6. Erstmalige Zuweisung in den Versorgungsfonds der BA	2.500.000.000,00	2.500.000.000,00	0,00

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 in EUR

	Haushaltssoll 2008	Istergebnis 2008	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
V. Ausgaben für den Bund, die Länder und sonstige Stellen^{2,3}		35.480.012.238,90	
1. Haushaltsmittel des Bundes ²		35.454.972.171,73	
a) Kosten für die Durchführung des Arbeitssicherstellungsgesetzes; Europäischer Globalisierungsfonds (Kap. 1102 Tit. 636 01, 686 21)		9.576.208,51	
b) Leistungen nach dem SGB II und SGB III sowie gleichartige Leistungen (Kap. 1112) dar.: Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Tgr. 01)		34.959.428.305,62	
c) Absicherung von ehemaligen Soldaten auf Zeit gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit (Kap. 1403 Tit. 433 71)		12.966.043,36	
d) Kindergeld (ohne steuerrechtliches Kindergeld) ² (Kap. 1710 Tit. 636 11, 681 13, 681 18, 681 19)		250.800.140,40	
e) Verwaltungskostenerstattung Familienleistungsausgleich nach dem Einkommenssteuergesetz (Kap. 0803 Tit. 636 01)		201.000.000,00	
f) Vorbereitung und Ausbildung von Personal für eine Tätigkeit auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, Zuschüsse an integrierte und rückkehrende Fachkräfte, Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz (Kap. 2302 Tit. 681 02, 685 08, 686 13)		21.151.213,49	
g) Sonstiges (Kap. 0633 Tit. 684 02, Kap. 0902 Tit. 681 11; Kap. 1101 Tit. 541 01)		50.260,35	
2. Haushaltsmittel der Länder		12.574.332,20	
3. Finanzmittel sonstiger Stellen ³		12.465.734,97	
VI. Gesamtausgaben (Summe IV und V)^{2,3}		74.887.023.826,12	

² Ausgaben für Kindergeld sind nicht enthalten, soweit diese durch die Familienkassen zu Lasten der Einnahmezweckbestimmung Kap. 6001 Tit. 011 01 – Lohnsteuer – geleistet wurden. Im Jahr 2008 beliefen sich die Ausgaben auf 28.468.210.458,96 EUR.

³ Nicht enthalten sind folgende über die Finanzsysteme der BA realisierten Ausgaben:

- Kosten von Unterkunft und Heizung (KdU) in kommunaler Trägerschaft (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II): 11.663.636.109,76 EUR;

- der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAGAw) im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende: 1.502.140.077,94 EUR;

- Aufwendungen des Versorgungsfonds der BA: 2.980.297.557,73 EUR, darunter 246.387.750,83 EUR für laufende Versorgungsansprüche.

Eckdaten zum Arbeitsmarkt

in Tausend

	2006	2007	2008
Erwerbstätige ¹	39.024	39.694	40.283
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ²	26.354	26.855	27.458
Gemeldete Stellen ³	564	621	569
Arbeitslose ³	4.487	3.776	3.268
Arbeitslosenquote ³ (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	10,8	9,0	7,8

¹ Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept); vorläufige Ergebnisse; Quelle: Statistisches Bundesamt

² jeweils Ende Juni; Daten ab 2006 vorläufig

³ Jahresdurchschnitt

Haushalt der BA

Einnahmen und Ausgaben 2006–2008 in EUR

	2006	2007	2008
Einnahmen	55.383.585.972,29	42.838.386.253,69	38.289.175.761,85
Beiträge zur Arbeitsförderung	51.176.403.044,88	32.263.683.050,50	26.451.742.346,85
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung		6.468.000.000,00	7.583.000.000,00
Verwaltungskostenerstattungen SGB II	2.166.039.052,80	2.195.665.292,70	2.261.604.138,80
Umlagen und sonstige Einnahmen	2.041.143.874,61	1.911.037.910,49	1.992.829.276,20
Ausgaben	44.168.828.382,46	36.195.896.601,70	39.407.011.587,22
Eingliederungstitel	2.482.814.843,13	2.507.110.307,67	2.889.299.425,80
Weitere Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	8.637.788.116,60	7.916.407.055,20	7.851.982.299,68
Förderung der Berufsausbildung	870.920.220,36	845.149.204,28	859.887.379,62
Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen	2.439.783.133,06	2.291.475.926,34	2.419.330.469,09
Förderung der beruflichen Selbstständigkeit	2.580.529.801,18	1.818.191.710,23	1.638.872.650,17
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	713.907.597,51	747.576.497,08	738.749.449,67
Sonstige (Altersteilzeitleistungen, Kurzarbeitergeld, Förderung ganzzjähriger Beschäftigung etc.)	2.032.647.364,49	2.214.013.717,27	2.195.142.351,13
Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	27.217.612.428,47	19.765.017.822,92	19.691.726.508,06
Eingliederungsbeitrag (2006 und 2007: Aussteuerungsbetrag)	3.282.156.252,00	1.944.688.885,92	5.000.000.000,00
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung	200.419.912,16	189.681.786,31	173.536.467,12
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit/Erstattungen an ausländische Versicherungsträger	22.899.203.859,95	16.934.061.766,26	13.864.394.172,61
Insolvenzgeld	835.832.404,36	696.585.384,43	653.795.868,33
Kosten des Beitragseinzugs und Verwaltung	5.830.612.994,26	6.007.361.415,91	6.474.003.353,68
Einzugsstellenvergütung	488.751.709,12	481.230.414,67	482.327.836,36
Verwaltungsausgaben der BA für den Rechtskreis SGB III	3.251.642.662,75	3.414.514.002,71	4.012.576.204,11
Verwaltungsausgaben der BA im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	2.090.218.622,39	2.111.616.998,53	1.979.099.313,21
Erstmalige Zuweisung in den Versorgungsfonds der BA			2.500.000.000,00
Saldierte Entnahme aus den Rücklagen			1.117.835.825,37
Saldierte Zuführung an die Rücklagen	11.214.757.589,83	6.642.489.651,99	

Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente

Anzahl in Personen im Jahresdurchschnitt in Tausend*

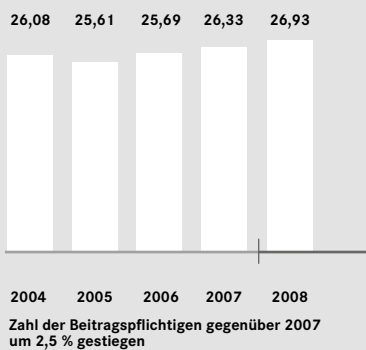
	2006	2007	2008
Qualifizierung			
Berufliche Weiterbildung	119	132	151
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	70	77	79
Beschäftigungsbegleitende Leistungen			
Eingliederungszuschüsse	82	112	128
Gründungszuschuss	8	92	123
Überbrückungsgeld	63	3	-
Existenzgründungszuschuss	210	122	41
Beschäftigung schaffende Maßnahmen			
Arbeitsgelegenheiten	293	323	315
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	44	41	40
Strukturanpassungsmaßnahmen	6	2	1
Förderung der Berufsausbildung			
Berufsausbildung Benachteiligter	112	125	126
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	74	73	67
dar.: Berufliche Rehabilitation			
Berufliche Ersteingliederung behinderter Menschen	112	109	92
Berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen	30	25	19
Kurzarbeiter¹	67	68	

* Daten zu 2008 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

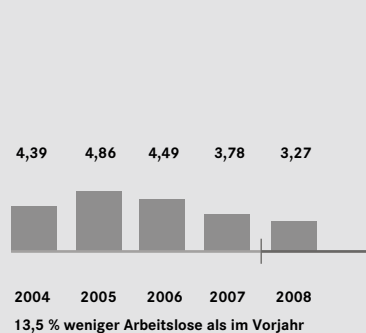
¹ Jahresdurchschnitt für 2008 kann nicht berechnet werden, da nur Werte für die Monate Januar bis September vorhanden sind.

Arbeitsmarkt schafft auch 2008 günstige finanzielle Rahmenbedingungen

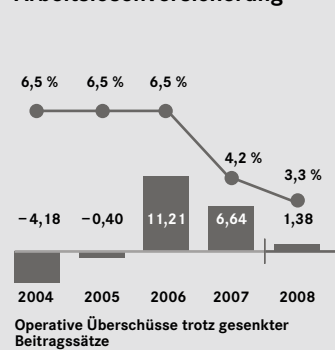
Beitragspflichtige
(Jahresdurchschnitt, Mio.)



Arbeitslose
(Jahresdurchschnitt, Mio.)



Operativer Finanzierungssaldo (Mrd.) und Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung



Arbeitslosigkeit und aktive Arbeitsförderung von Frauen

Merkmal	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland			
	Frauen absolut	Frauenanteile in %		Frauen absolut	Frauenanteile in %		Frauen absolut	Frauenanteile in %		
	2008	2007	2008	2008	2007	2008	2008	2007	2008	
Arbeitslose										
Zugang ¹	JS	3.254.531	44,9	45,2	2.229.467	45,2	45,1	1.025.064	44,4	45,6
Bestand	JD	1.599.940	49,6	49,0	1.055.376	49,8	49,2	544.564	49,2	48,5
dar. Langzeitarbeitslose ¹	JD	531.933	52,8	52,7	338.117	51,9	52,3	193.816	54,4	53,4
dar. Berufsrückkehrer ¹	JD	99.467	98,7	98,6	56.637	98,7	98,6	42.830	98,7	98,7
Abgang ¹	JS	3.438.984	45,4	45,6	2.342.823	45,6	45,5	1.096.161	45,0	45,9
dar. in Erwerbstätigkeit ¹ (ohne Ausbildung)	JS	1.140.751	38,7	39,1	741.729	38,6	38,9	399.022	39,0	39,5
Arbeitslosenquote										
bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹	JD		9,6	8,2		8,0	6,8		15,6	13,4

Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestände und Bewilligungen)

Berufliche Weiterbildung²	JD	72.065	48,1	47,9	50.204	48,7	48,6	21.862	47,0	46,4
Beschäftigung schaffende Maßnahmen:²										
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II	JD	132.170	40,9	42,0	64.413	36,9	38,6	67.757	45,7	46,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	JD	16.774	41,9	42,4	2.646	35,7	37,4	14.128	43,7	43,5
Förderung regulärer Beschäftigung direkte Hilfen:²										
Eingliederungszuschuss	JD	48.148	35,5	38,1	25.732	32,0	34,9	22.417	40,9	42,8
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	JD	1.977	41,5	42,7	992	38,3	39,1	985	45,8	47,0
Einstellungszuschuss bei Vertretung	JD	193	54,3	51,2	73	48,5	44,6	120	59,4	56,1
Arbeitsentgeltzuschuss	JD	2.747	38,6	34,5	2.044	32,6	31,5	704	57,7	48,1
Gründungszuschuss	JD	45.647	36,5	37,1	33.658	35,7	36,3	11.988	38,8	39,5
indirekte Hilfen:²										
Trainingsmaßnahmen	JD	37.384	47,5	48,1	25.783	47,1	47,5	11.601	48,4	49,4
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Bewilligungen)	JS	1.355.833	52,0	52,3	747.487	52,1	52,2	608.346	51,9	52,3
Mobilitätshilfen (Bewilligungen)	JS	139.371	36,4	38,0	50.507	72,2	72,7	88.864	36,5	38,8
Bewerber für Berufsausbildungsstellen										
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³	JS	292.438	46,3	47,1	229.453	47,0	47,6	62.890	44,2	45,6
Am Ende des Berichtsjahres ³ unversorgte Bewerber	JS	7.082	48,8	48,9	4.944	49,6	48,8	2.137	47,1	49,1

¹ Ab 2005 ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA. Die Arbeitslosenstatistik basiert ab 2005 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA. Ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern.

² *Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängig Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).*

² *Daten zu 2008 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.*

³ *Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Ab Juli 2005 wurde die Berichterstattung der Daten über Bewerber in der regionalen Dimension vom Beratungsort auf den Wohnort umgestellt. Durch nicht zuordenbare Daten sowie im Ausland wohnende Bewerber können sich bei regionalen Auswertungen Differenzen zu den Bundesgebietssummen ergeben.*

JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme

Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung

Mio. EUR (Erhöhung der Ausgaben für die Nettoleistung um%), Deutschland 2008

Leistungen	Nettoleistung	Beiträge zur Krankenversicherung (KV)	Anteil an Netto in %	Beiträge zur Rentenversicherung (RV)	Anteil an Netto in %	Beiträge zur Pflegeversicherung (PV)	Anteil an Netto in %	Summe KV, RV, PV	Anteil an Netto in %
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	8.092,4	2.313,3	28,6	3.176,0	39,2	275,0	3,4	5.764,30	71,2
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	455,9	128,1	28,1	175,1	38,4	15,5	3,4	318,7	69,9
Übergangsgeld	63,0	16,2	25,7	16,2	25,7	2,0	3,2	34,3	54,4
Unterhaltsgeld	- 1,3	0,1	- 6,5	0,1	- 10,5	0,0	- 0,8	0,2	- 17,8
gezahltes Insolvenzgeld	495,4							326,8	
zurückerstattetes Insolvenzgeld	- 97,9							- 70,5	
				Sozialversicherungsbeiträge werden nur als Gesamtbetrag ausgewiesen					

Neben den Ausgaben für Entgeltersatzleistungen wurden bei den oben genannten Leistungsarten zusätzlich rund 6 Mrd. EUR an Beiträgen zur Sozialversicherung der Leistungsbezieher gezahlt.

Darüber hinaus erstattete die BA für die Unfallversicherung (einschließlich Verwaltungskosten) der meldepflichtigen Kunden in den Rechtskreisen SGB III und SGB II, der Beschäftigten der BA und der Mitglieder von Organen der Selbstverwaltung der BA an die Unfallkasse des Bundes einen Betrag in Höhe von knapp 10 Mio. EUR.

Personalstatistik

Wichtige Kennzahlen aus dem Personalbereich

Schwerbehindertenquote: ~ 8,5 %

Frauenanteil: ~ 69 %

Teilzeitquote: ~ 24 %

Stellen für Dauerkräfte und Beschäftigungsmöglichkeiten für befristete Kräfte bei der Bundesagentur für Arbeit

	Insgesamt		Rechtskreis SGB III ¹ einschließlich Dienstleistung SGB II		Rechtskreis SGB II ² ohne Dienstleistung SGB II		Familien- kasse
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2008
Insgesamt	96.488,5	100.146,0	65.895,0	63.306,5	30.593,5	33.426,5	3.413,0
Arbeitnehmer/-innen	60.040,5	63.152,0	39.583,0	37.188,5	20.457,5	22.963,5	3.000,0
Beamte/-innen	20.148,5	20.148,5	15.012,5	14.272,5	5.136,0	5.463,0	413,0
Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag	11.849,5	12.001,5	6.849,5	7.001,5	5.000,0	5.000,0	
Nachwuchskräfte	4.450,0	4.844,0	4.450,0	4.844,0			

Quelle: Haushaltsplan der BA

¹ Agenturen für Arbeit, Regionaldirektionen, besondere Dienststellen und Zentrale; ab 2008 ohne Familienkasse

² Arbeitsgemeinschaften und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung

Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

Dr. rer. pol. h.c. Frank-J. Weise

Vorsitzender des Vorstandes

(im Amt seit 19. Februar 2004; Mitglied des Vorstandes seit 29. April 2002)

Heinrich Alt

Mitglied des Vorstandes

(im Amt seit 26. April 2002)

Raimund Becker

Mitglied des Vorstandes

(im Amt seit 19. Februar 2004)

Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit

Stand: 21. Januar 2009

Peter Clever
Vorsitzender

Annelie Buntenbach
Stellvertretende Vorsitzende

■ Gruppe der Arbeitnehmer

Dr. Wilhelm Adamy
Deutscher Gewerkschaftsbund

Michaela Rosenberger
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Mitglied

Egbert Biermann
IG Bergbau, Chemie, Energie

Dietmar Schäfers
IG Bauen-Agrar-Umwelt

Annelie Buntenbach
Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. Hans-Jürgen Urban
IG Metall

Isolde Kunkel-Weber
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Peter Deutschland
Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. Stephanie Odenwald
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Stellvertreter

Stefan Körzell
Deutscher Gewerkschaftsbund

■ Gruppe der Arbeitgeber

Bertram Brossardt
Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Gerhard Handke
Bundesverband des Deutschen Groß- und
Außenhandels e.V.

Mitglied

Peter Clever
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Knuth Henneke
Metropol-Region Rhein-Neckar

Walter Huber
Siemens AG

Dr. Jürgen Wuttke
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Holger Schwannecke
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

Stellvertreter

Wolfgang Bartel
Arbeitgeberverband Gesamtmetall

Alexander Wilhelm
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Dr. Lutz Mackebrandt
CMS Societät für Unternehmensberatung AG

■ Gruppe der öffentlichen Körperschaften

Mitglied

Bernd Buchheit
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sabine Hübner
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg

Carsten Frigge
Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien
und Hansestadt Hamburg

Gerd Krämer
Hessisches Sozialministerium

Dr. Alexander Groß
Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie

Dr. Rosemarie Wilcken
Deutscher Städtetag

Kornelia Haugg
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stellvertreter

N.N.

Christiane Voß-Gundlach
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Prof. Eberhard Trumpp
Landkreistag Baden-Württemberg

Hauptjahresdaten der Arbeitsstatistik für die Bundesrepublik Deutschland

in Tausend

Merkmal		2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bevölkerung¹	i	82.532	82.501	82.438	82.315	82.218	
	M	40.356	40.354	40.340	40.301	40.274	
	F	42.176	42.147	42.098	42.014	41.944	
Sozialversicherungspflichtig	i	26.955	26.524	26.178	26.354	26.855	27.458
Beschäftigte²	M	14.773	14.541	14.286	14.424	14.770	15.064
	F	12.181	11.983	11.892	11.931	12.085	12.394
<i>darunter Ausländer</i>	i	1.874	1.805	1.755	1.790	1.844	1.901
Arbeitslose insgesamt	JD i	4.377	4.381	4.861	4.487	3.776	3.268
	„ M	2.446	2.449	2.606	2.338	1.900	1.668
	„ F	1.931	1.933	2.255	2.149	1.873	1.600
<i>darunter Ausländer</i>	„ i	543	545	673	644	559	497
<i>Jugendliche unter 20 Jahren</i>	„ i	84	75	124	108	83	67
<i>Schwerbehinderte*</i>	„ i	168	174	180	182	171	154
<i>Teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose³</i>	„ i	394	391	491	517	466	397
Arbeitslosenquote³ insgesamt	JD i	11,6	11,7	13,0	12,0	10,1	8,7
	„ M	12,4	12,5	13,4	12,0	9,8	8,6
	„ F	10,8	10,8	12,7	12,0	10,4	8,9
<i>darunter Ausländer</i>	„ i	20,2	20,3	25,2	23,6	20,3	18,1
<i>darunter Jugendliche unter 20 Jahren</i>	„ i	4,5	4,2	7,4	6,8	5,3	4,3
Arbeitsuchende⁴	JD i	5.434	5.849	6.412	6.212	5.627	5.058
	„ M	3.018	3.254	3.413	3.227	2.849	2.601
	„ F	2.416	2.594	2.999	2.985	2.779	2.457
Gemeldete Stellen insgesamt	JD i	355	286	413	564	621	569
<i>darunter nur für Teilzeitarbeit</i>	„ i	66	54	130	183	193	176
Zugang an Arbeitsuchenden⁵	JS i	7.455	6.900	6.840	6.431	6.430	6.339
Zugang an Arbeitslosen⁶	JS i	7.629	8.235	8.379	8.116	8.233	8.436
Zugang an gemeldeten Stellen	JS i	2.467	2.136	2.731	2.932	2.898	2.649
Kurzarbeiter⁸	JD i	195	151	126	67	68	
Arbeitnehmer in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung⁵	JD i	97	86	48	44	41	40
Ratsuchende der Berufsberatung⁴	JS i	2.133	2.048	1.949	2.059		
	„ M	1.091	1.051	1.006	1.072		
	„ F	1.041	997	944	987		
Gemeldete Berufsausbildungsstellen⁴	JS i	547	520	471	459	510	512
<i>darunter unbesetzt geblieben⁴</i>	JE i	15	13	13	15	18	20
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen⁴	JS i	720	736	741	763	734	620
<i>darunter: unversorgt/nach nicht vermittelt⁴</i>	JE i	35	44	41	49	33	14
Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung⁵	JD i	260	184	114	119	132	151
Eingliederungszuschüsse⁵	JD i	153	110	60	82	112	128
Empfänger Arbeitslosengeld II⁶				4.982	5.392	5.772	5.005
Empfänger Sozialgeld⁶				17.742	1.955	1.964	1.895
Empfänger von Arbeitslosengeld⁷	JD i	1.919	1.845	1.728	1.445	1.080	916

* Ab 2005 ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA. Die Arbeitslosenstatistik basiert ab 2005 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden - auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA. Ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern.

JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, JE = Jahresende

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt; Stichtag 31.12. - für das Jahr 2006 - Ergebnisse zum 30.09.2006 aus der Bevölkerungsfortschreibung

² jeweils Ende Juni; Daten ab 2006 vorläufig - nach dem Arbeitsortprinzip

³ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)

⁴ Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Ab Juli 2005 wurde die Berichterstattung der Daten über Ratsuchende und Bewerber in der regionalen Dimension vom Beratungsort auf den Wohnort umgestellt. Durch nicht zuordenbare Daten sowie im Ausland wohnende Ratsuchende und Bewerber können sich bei regionalen Auswertungen Differenzen zu den Bundesgebietssummen ergeben. Daten für das Berichtsjahr 2006/07 wurden revidiert.

⁵ Daten zu 2008 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

⁶ Daten mit Wartezeit von 3 Monaten ab Januar 2005 bis einschließlich August 2008; Daten für September bis Dezember 2008 gehen in die Jahreswertberechnung 2008 als vorläufig hochgerechnete Werte ein.

⁷ Zahl für 2008 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung 2008 für die Monate November und Dezember 2008 geschätzte Werte.

⁸ Jahresdurchschnitt für 2008 kann nicht berechnet werden, da nur Werte für die Monate Januar bis September vorhanden sind.

Hauptjahresdaten der Arbeitsstatistik für Westdeutschland

in Tausend

Merkmal			2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bevölkerung¹		i	65.619	65.680	65.698	65.667	65.664	
		M	32.074	32.111	32.129	32.128	32.144	
		F	33.545	33.569	33.569	33.539	33.521	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte²		i	21.730	21.412	21.206	21.340	21.737	22.239
		M	12.145	11.973	11.807	11.905	12.185	12.427
		F	9.586	9.438	9.399	9.435	9.553	9.812
<i>darunter Ausländer</i>		i	1.773	1.706	1.654	1.682	1.731	1.787
Arbeitslose insgesamt	JD	i	2.753	2.783	3.247	3.007	2.486	2.145
	"	M	1.594	1.608	1.749	1.567	1.245	1.089
	"	F	1.159	1.175	1.497	1.440	1.239	1.055
<i>darunter Ausländer</i>	"	i	468	469	582	555	477	423
<i>Jugendliche unter 20 Jahren</i>	"	i	55	48	86	76	58	46
<i>Schwerbehinderte⁷</i>	"	i	125	129	135	134	123	110
<i>Teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose⁸</i>	"	i	337	334	430	451	399	336
Arbeitslosenquote³ insgesamt	JD	i	9,3	9,4	11,0	10,2	8,4	7,2
	"	M	10,2	10,3	11,3	10,1	8,1	7,0
	"	F	8,3	8,4	10,7	10,2	8,7	7,4
<i>darunter Ausländer</i>	"	i	18,8	18,9	23,5	22,1	18,8	16,8
<i>darunter Jugendliche unter 20 Jahren</i>	"	i	3,8	3,5	6,5	6,0	4,6	3,6
Arbeitsuchende⁴	JD	i	3.429	3.757	4.301	4.164	3.702	3.301
	"	M	1.962	2.145	2.296	2.162	1.868	1.690
	"	F	1.467	1.612	2.005	2.002	1.835	1.610
Gemeldete Stellen insgesamt	JD	i	292	239	325	436	489	455
<i>darunter nur für Teilzeitarbeit</i>	"	i	50	41	79	117	131	123
Zugang an Arbeitsuchenden⁵	JS	i	5.344	4.974	4.944	4.578	4.599	4.579
Zugang an Arbeitslosen⁶	JS	i	5.173	5.577	5.817	5.538	5.604	5.782
Zugang an gemeldeten Stellen	JS	i	1.830	1.658	2.021	2.167	2.169	1.951
Kurzarbeiter⁵	JD	i	160	122	101	54	52	
Arbeitnehmer in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung⁵	JD	i	24	21	12	9	9	7
Ratsuchende der Berufsberatung⁴	JS	i	1.550	1.488	1.436	1.537		
	"	M	792	762	738	794		
	"	F	758	726	698	742		
Gemeldete Berufsausbildungsstellen⁴	JS	i	427	407	371	360	394	402
<i>darunter unbesetzt geblieben⁴</i>	JE	i	14	13	12	14	16	17
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen⁴	JS	i	502	523	538	559	547	482
<i>darunter: unversorgt/nach nicht vermittelt⁴</i>	JE	i	22	29	30	33	23	10
Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung⁵	JD	i	161	121	76	81	90	104
Eingliederungszuschüsse⁵	JD	i	56	40	28	47	68	75
Empfänger Arbeitslosengeld II⁶					3.186	3.462	3.394	3.235
Empfänger Sozialgeld⁶					1.255	1.399	1.402	1.350
Empfänger von Arbeitslosengeld⁷	JD	i	1.326	1.288	1.208	1.023	769	647

Hinweis zum Gebietsstand: Alte Länder ohne Berlin

¹ Ab 2005 ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA. Die Arbeitslosenstatistik basiert ab 2005 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden - auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA. Ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern.

JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, JE = Jahresende

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt ; Stichtag 31.12.

² jeweils Ende Juni; Daten ab 2006 vorläufig - nach dem Arbeitsortprinzip

³ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)

⁴ Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Ab Juli 2005 wurde die Berichterstattung der Daten über Ratsuchende und Bewerber in der regionalen Dimension vom Berichtsjahr auf den Wohnort umgestellt. Durch nicht zuordenbare Daten sowie im Ausland wohnende Ratsuchende und Bewerber können sich bei regionalen Auswertungen Differenzen zu den Bundesgebietssummen ergeben. Daten für das Berichtsjahr 2006/07 wurden revidiert.

⁵ Daten zu 2008 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

⁶ Daten mit Wartezeit von 3 Monaten ab Januar 2005 bis einschließlich August 2008; Daten für September bis Dezember 2008 gehen in die Jahreswertberechnung 2008 als vorläufig hochgerechnete Werte ein.

⁷ Zahl für 2008 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung 2008 für die Monate November und Dezember 2008 geschätzte Werte.

⁸ Jahresdurchschnitt für 2008 kann nicht berechnet werden, da nur Werte für die Monate Januar bis September vorhanden sind.

Hauptjahresdaten der Arbeitsstatistik für Ostdeutschland

in Tausend

Merkmal		2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bevölkerung¹	i	16.913	16.821	16.740	16.648	16.554	
	M	8.282	8.243	8.212	8.173	8.131	
	F	8.631	8.578	8.529	8.475	8.423	
Sozialversicherungspflichtig	i	5.224	5.112	4.972	5.014	5.117	5.219
Beschäftigte²	M	2.629	2.567	2.479	2.519	2.585	2.636
	F	2.596	2.545	2.493	2.496	2.532	2.583
<i>darunter Ausländer</i>	i	101	99	96	101	107	114
Arbeitslose insgesamt	JD i	1.624	1.599	1.614	1.480	1.291	1.123
	„ M	852	841	856	771	655	579
	„ F	772	758	758	710	635	545
<i>darunter Ausländer</i>	„ i	75	76	91	89	82	74
<i>Jugendliche unter 20 Jahren</i>	„ i	29	27	38	33	26	21
<i>Schwerbehinderte³</i>	„ i	43	44	45	48	49	44
<i>Teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose⁴</i>	„ i	57	57	62	66	67	61
Arbeitslosenquote³ insgesamt	JD i	20,1	20,1	20,6	19,2	16,8	14,7
	„ M	20,6	20,6	21,3	19,5	16,7	14,8
	„ F	19,6	19,5	19,7	18,8	16,8	14,5
<i>darunter Ausländer</i>	„ i	38,8	38,8	45,2	42,4	38,0	33,9
<i>darunter Jugendliche unter 20 Jahren</i>	„ i	7,0	6,9	10,8	9,9	8,4	7,3
Arbeitsuchende⁵	JD i	2.005	2.092	2.111	2.048	1.925	1.758
	„ M	1.056	1.109	1.117	1.065	981	911
	„ F	949	982	994	983	944	847
Gemeldete Stellen insgesamt	JD i	63	47	88	129	133	113
	„ i	16	13	51	66	62	53
Zugang an Arbeitsuchenden⁶	JS i	2.112	1.926	1.895	1.853	1.831	1.760
Zugang an Arbeitslosen⁷	JS i	2.456	2.658	2.561	2.578	2.629	2.654
Zugang an gemeldeten Stellen	JS i	637	478	710	765	729	698
Kurzarbeiter⁸	JD i	35	29	25	13	16	
Arbeitnehmer in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung⁹	JD i	73	65	36	34	31	33
Ratsuchende der Berufsberatung⁴	JS i	583	555	511	520		
	„ M	300	287	267	277		
	„ F	283	268	244	244		
Gemeldete Berufsausbildungsstellen⁴	JS i	119	113	100	99	116	110
	JE i	1	1	1	2	2	3
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen⁴	JS i	218	213	202	204	186	138
<i>darunter: unversorgt/ noch nicht vermittelt⁴</i>	JE i	1	15	11	16	10	4
Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung⁵	JD i	99	63	38	37	42	47
Eingliederungszuschüsse⁵	JD i	97	70	32	35	44	53
Empfänger Arbeitslosengeld II⁶				1.796	1.930	1.884	1.769
Empfänger Sozialgeld⁶				519	556	562	544
Empfänger von Arbeitslosengeld⁷	JD i	593	557	520	423	311	269

Hinweis zum Gebietsstand: Neue Länder und Berlin

^{*} Ab 2005 ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA. Die Arbeitslosenstatistik basiert ab 2005 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden - auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA. Ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern.

JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, JE = Jahresende

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt ; Stichtag 31.12.

² jeweils Ende Juni; Daten ab 2006 vorläufig - nach dem Arbeitsortprinzip

³ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)

⁴ Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Ab Juli 2005 wurde die Berichterstattung der Daten über Ratsuchende und Bewerber in der regionalen Dimension vom Berichtsort auf den Wohnort umgestellt. Durch nicht zuordenbare Daten sowie im Ausland wohnende Ratsuchende und Bewerber können sich bei regionalen Auswertungen Differenzen zu den Bundesgebietssummen ergeben. Daten für das Berichtsjahr 2006/07 wurden revidiert.

⁵ Daten zu 2008 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

⁶ Daten mit Wartezeit von 3 Monaten ab Januar 2005 bis einschließlich August 2008; Daten für September bis Dezember 2008 gehen in die Jahreswertberechnung 2008 als vorläufig hochgerechnete Werte ein.

⁷ Zahl für 2008 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung 2008 für die Monate November und Dezember 2008 geschätzte Werte.

⁸ Jahresdurchschnitt für 2008 kann nicht berechnet werden, da nur Werte für die Monate Januar bis September vorhanden sind.

Herausgeber
Bundesagentur für Arbeit
Vorstand

März 2009